



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

RECHTS, LINKS UND DAZWISCHEN: POLITISCHE IDEOLOGIEN IN RUSSLAND

■ ANALYSE		
Die ideologischen Positionen der Regierung und der Opposition in Russland		2
Grigorii V. Golosov (Europäische Universität in St. Petersburg)		
■ TABELLE ZUM TEXT		
Die dringendsten Probleme der Gesellschaft aus Sichte der russischen Bevölkerung		6
■ UMFRAGE		
Die politischen Einstellungen der russischen Bevölkerung		8
■ ANALYSE		
Populismus und Elitarismus im heutigen Russland		10
Emil Pain (Higher School of Economics, Moskau)		
■ GRAFIKEN ZUM TEXT		
Protestpotential in Russland		15
■ UMFRAGE		
Einstellungen der russischen Bevölkerung zu Politik und Staat		16
■ ANALYSE		
Die Linke in Russland steckt in der Ecke fest		19
Sean Guillory (Universität Pittsburgh)		
■ DEKODER		
Jenseits von links und rechts		24
Wladimir Pastuchow (Republic)		
<hr/>		
■ CHRONIK		
30. April – 13. Mai 2018		28

Die ideologischen Positionen der Regierung und der Opposition in Russland

Grigorii V. Golosov (Europäische Universität in St. Petersburg)

Zusammenfassung

Die ideologischen Positionen des politischen Regimes in Russland sind äußerst stark von Unbestimmtheit gekennzeichnet. In dem Personenkreis, der der politischen Führung Russlands nahesteht oder mit dieser kooperiert, sind zwar deutlicher ausgeprägte ideologische Ausrichtungen zu erkennen (Nationalismus und Wirtschaftsliberalismus), doch ist keine von beiden vorherrschend. Die russische Opposition braucht im Unterschied zur Regierung dringend ideologische Vehikel, um auf das Bewusstsein größerer Bevölkerungsteile einzuwirken. Die Effektivität solcher Instrumente bleibt jedoch recht gering, da die Art, in der liberale Haltungen in öffentlichen Auftritten der Opposition präsentiert werden, nicht ganz den Werten der breiten Bevölkerung entspricht. Darüber hinaus integriert die Ideologie der Opposition nur unzureichend Werte, die mit nationaler Identität und sozialer Gerechtigkeit verbunden werden und den Bürgern Russlands wichtig sind.

Ideologische Unbestimmtheit der politischen Elite

Die Rolle der Ideologie im politischen Leben von Ländern, in denen eine Wahlaokratie herrscht (und zu denen gegenwärtig auch Russland gehört), ist eine spezifische: Diese Regime vermeiden eine klare Artikulation der eigenen ideologischen Positionen zu den wichtigsten Themen der innenpolitischen Agenda.

Zweifellos sind in der öffentlichen Rhetorik und der Propaganda der russischen Regierung Elemente eines Nationalismus enthalten, doch blieben die Versuche einiger dem Regime nahestehender Ideologen wie Alexandr Dugin erfolglos, diesem Nationalismus konzeptuellen Gehalt zu verleihen. Die Rhetorik des offiziellen russischen Nationalismus ist vollkommen auf außenpolitische Fragen fokussiert und konzentriert sich darauf, ein Feindbild vom Westen aufzubauen. Die Grundthese lautet, dass der Westen aufgrund seiner grundlegenden Feindseligkeit Russland gegenüber (die mit dem Begriff »Russophobie« beschrieben wird) in einer Art und Weise handelt, auf die Russland notgedrungen zum Selbstschutz antworten muss.

Zu innenpolitischen Problemen allerdings fehlt eine auch nur in irgendeiner Weise konsequente ideologische Linie. In der offiziellen Propaganda und den öffentlichen Auftritten der Führungsfiguren des Landes wird zwar einerseits auf »traditionelle Werte« verwiesen, die sich als Anzeichen von Konservatismus interpretieren ließen. Andererseits gibt es auch eine progressiv anmutende Rhetorik von einer notwendigen Modernisierung und wirtschaftlichen Reformen. Betrachtet man den jüngsten Wahlkampf von Wladimir Putin, so war es in jedem konkreten Fall so, dass die Wahl einer bestimmten Akzentuierung sich nicht durch inhaltlicher Erwägungen erklären ließ, sondern durch eine Notwendigkeit, dem jeweiligen Zielpublikum eine ganz bestimmte These zu vermitteln.

Für diese ideologische Beliebigkeit der russischen Regierung gibt es zwei zentrale Gründe. Der erste besteht

darin, dass das Regime in Russland deutlich personalistische Züge trägt. Als wichtigste Quelle der Loyalität der Bürger gilt die Person Putin als effektiver und harter Herrscher, der in der Lage ist, die Interessen des Landes erfolgreich auf der internationalen Bühne zu vertreten. Er muss in dieser Funktion an die Bürger des Landes appellieren, die unterschiedliche ideologische Positionen vertreten, weswegen eine deutliche Artikulierung der eigenen Ideologie die Basis für den Rückhalt schmälern würde.

Der zweite Grund ist, dass eine öffentlich verfochtene, bestimmte ideologische Linie des Regimes dessen Handlungsspielraum in der Wirtschafts- und Sozialpolitik reduzieren würde. Putin hat stets eine rechtsliberale Wirtschaftspolitik verfolgt. Auch die Rhetorik des Wirtschaftsliberalismus war ihm nicht fremd. Gleichzeitig enthielten Putins Äußerungen – und insbesondere die programmatischen Papiere der Partei »Einiges Russland« – stets soziale und protektionistische Thesen, und die Propaganda des Regimes strotzte vor Nostalgie nach der Sowjetzeit als Verkörperung der Ideale sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit. Somit besteht die gegenwärtige »offizielle russische Ideologie« aus einer Mischung aus Nationalismus, Liberalismus und sozialem Protektionismus. Gleichzeitig kann jede der Komponenten dieser Mischung aufgrund situationsgebundener Erwägungen in den Vordergrund rücken, wodurch es unmöglich erscheint, hier einen ideologischen Hauptvektor zu identifizieren.

Darüber hinaus bestehen in dem Kreis der Personen, die der politischen Führung des Landes nahesteht oder auf unterschiedlichen politischen oder Verwaltungsposten mit ihr zusammenarbeiten, deutlicher ausgeprägte ideologische Tendenzen. Es steht außer Zweifel, dass im sogenannten Wirtschaftsblock der russischen Regierung und in den einflussreicheren Expertenkreisen, die sich um den ehemaligen Finanzminister Alexej Kudrin gruppieren, liberale Einstellungen dominieren. Diese finden auf den Seiten der seriösen Printmedien ihren Ausdruck

und überwiegen auch im Fernsehsender RBK und einigen Internetausgaben.

Dabei gibt es unter den weniger einflussreichen Wirtschaftsberatern Putins einige Experten, die gemäßigt linke Positionen vertreten (beispielsweise Segrej Glasjew, Präsidentenberater und Vorsitzender des »Isborsker Klubs«). Soziale und protektionistische Rhetorik, oft mit Nostalgie nach der Sowjetzeit verknüpft, ist vor allem in den allgemein zugänglichen Medien verbreitet. Unter den Personen des öffentlichen Lebens, die dem Regime loyal gegenüberstehen, sind nicht wenige, an deren aufrichtigen und konzeptionell elaborierten Nationalismus keine Zweifel bestehen. So ist bekannt, dass der ehemalige stellvertretende Ministerpräsident Dmitrij Rogosin stets extrem rechte und nationalistische Ansichten vertreten hat. Seine aktuellen Äußerungen lassen keinen Zweifel, dass sich seine Einstellungen kaum verändert haben. Die Ansichten der Nationalisten werden intensiv über die Medien verbreitet. Allerdings kann keine der genannten Gruppen als Exponentin einer Gesamtideologie des Regimes betrachtet werden. Das Regime bleibt ideologisch unbestimmt.

Die Bedeutung der ideologischen Agenda für die liberale Opposition

Während für die Gruppierungen innerhalb der Elite eine klare ideologische Positionierung nicht notwendig, ja nicht einmal wünschenswert ist, stellt sie für die Opposition im eigentlichen Sinne des Wortes eine zentrale Voraussetzung für politisches Überleben und Erfolg dar. Unter »russischer Opposition« sollen hier politische Gruppen liberaler Orientierung verstanden werden, die für einen Regimewechsel eintreten, also für einen Übergang vom jetzigen autoritären Regime zu einer Demokratie. Unter den gegenwärtigen Bedingungen fallen unter diese Definition vor allem die politische Bewegung um Alexej Nawalnyj, einige Strömungen in den offiziell registrierten Parteien »Jabloko« und »PARNAS« sowie einige prominente Figuren aus Politik und Medien, deren Potential als politische Führer noch keine organisatorischen Formen angenommen hat. Für die Opposition ist Ideologie aus zwei Gründen wichtig. Diese müssen hier genauer benannt werden, weil sich, wie in der weiteren Analyse herauszuarbeiten sein wird, die Strategien, die sich hieraus ergeben, in gewissem Maße voneinander unterscheiden. Zur Optimierung ihres Vorgehens müsste die Opposition spezielle Anstrengungen unternehmen, damit diese Unterschiede nicht das Erreichen ihrer Ziele beeinträchtigen.

Ideologie ist zum einen deshalb von Bedeutung, weil sie das wichtigste Mittel darstellt, um potentielle politische Aktivisten für sich zu gewinnen und die bestehenden zu halten. Die Spezifik politischer Betätigung besteht darin, dass deren Aufwand in der Regel größer ist, als der sofortige, unmittelbare Ertrag. Es ist ein höchst ris-

kantes Unterfangen, und in autoritären Kontexten ist der Aufwand besonders hoch. Daraus ergibt sich, dass bei der Mobilisierung politischer Aktivisten immaterielle, kollektive, mit der Identität und der ideellen Selbstverortung der Beteiligten verbundene Anreize die wichtigste Rolle spielen. Es liegt auf der Hand, dass solche Anreize am prägnantesten über Ideologie vermittelt werden können.

Der zweite Grund für die Bedeutung der Ideologie besteht darin, dass mit ihrer Hilfe die Unterstützung großer Bevölkerungsteile mobilisiert werden kann. In dieser Hinsicht dient Ideologie – anders, als auf der Ebene der politischen Aktivisten – überwiegend als Mittel zur Wiedererkennung und Erläuterung. Es wird nicht nur in demokratispezifischen Bedingungen eingesetzt (beispielsweise im Kontext von Wahlentscheidungen). Ideologie prägt die Einstellungen in jedem politischen Regime, dessen Entwicklung von der Bevölkerung beobachtet wird, und autoritäre Regime sind da keine Ausnahme. Die Grundvoraussetzung für eine Demokratisierung besteht darin, dass alle an diesem Prozess Beteiligten (die Regierung, die unterschiedlichen Gruppierungen innerhalb der Eliten und die Opposition) den Umstand akzeptieren, dass die von der Opposition vertretenen Ideen von größeren Bevölkerungsteilen unterstützt werden. Dadurch ist diese Unterstützung selbst dann die wichtigste Ressource der Opposition, wenn der politische Kampf nicht von massenhafter Aktivität der Bevölkerung begleitet wird. Wenn diese Aktivitäten politisch zweckdienlich werden, ist diese Unterstützung aber absolut notwendig.

Der Unterschied in den Strategien, der sich aus den oben genannten Unterschieden ergibt, ist folgender: Zur Mobilisierung und Bewahrung der politischen Aktivisten muss die Opposition äußerst konsequent Ideen vertreten, die von den Aktivisten geteilt werden. Diese Ideen müssen in klarer und für die Aktivisten annehmbarer (also reichlich radikaler) Form artikuliert werden. Bei der Öffentlichkeitsarbeit in Richtung Bevölkerung muss im Gegenteil der Umstand berücksichtigt werden, dass deren Werteorientierung aufgrund eines fehlenden starken politischen Interesses verschwommen ist und zudem durch die Propaganda der Regierung beeinflusst wird. Hinsichtlich der Ideologie besteht das Hauptproblem im politischen Vorgehen der russischen Opposition meiner Ansicht nach darin, dass letztere nicht über ausreichend entwickelte Mittel verfügt, auf das Bewusstsein großer Bevölkerungsteile einzuwirken. Es sei noch einmal betont: Es geht hier um ideologische Mittel im engeren Sinne, nicht um ein technisches Instrumentarium. Es versteht sich von selbst, dass die Regierung durch die Monopolisierung der allgemein zugänglichen Medien über einen gigantischen Vorteil verfügt. Dieser Vorteil schwindet jedoch allmählich mit der zunehmenden Verbreitung des Internets und der damit verbundenen

modernen Kommunikationsmittel. Deren Einsatz in der Öffentlichkeitsarbeit kann aber nur dann vollauf effizient sein, wenn mit diesen technischen Möglichkeiten auch angemessene ideologische Inhalte transportiert werden.

Demokratie, Nationalismus und soziale Gerechtigkeit als Grundlage ideologischer Mobilisierung

Hauptadressat der ideologischen Inhalte, die von der Opposition in Russland transportiert werden, sind potentielle und aktuelle Aktivisten. Diese rezipieren bereitwillig den gesamten auf Demokratie und Menschenrechte zurückgehenden Ideenkomplex. Es lässt sich wohl nur schwerlich behaupten, dass diese Ideen der breiten Bevölkerung in Russland völlig fremd wären. Für eine breitere Wahrnehmung dieser Ideen müssen sie aber in akzeptabler Art und Weise auf jenes Repertoire an Präferenzen bezogen werden, das in Russland aufgrund eigener Erfahrungen der Bürger und der zielgerichteten Propagandaarbeit der Regierung weit verbreitet ist. Drei Aspekte sollen hier herausgestellt werden, die meiner Ansicht nach von besonderer Bedeutung sind.

Zunächst wäre da das Problem, wie demokratische Werte zu positionieren wären. In der politischen Rhetorik der Opposition wird vor allem die Bedeutung von politischem Wettbewerb und möglichen Regimewechsels akzentuiert. Eine solche Akzentuierung entspricht vollauf der wertbezogenen Orientierung der politischen Aktivisten, doch ist es keineswegs klar, dass gerade diese Aspekte der politischen Ordnung für die breite Bevölkerung von vorrangigem Interesse sind. Zum einen gibt es für die breite Bevölkerung die äußerst negative historische Erfahrung durch die funktionalen Mängel der elektoralen Demokratie im Russland der 1990er Jahre. Hinzu kommen, zweitens, die Auswirkungen, die die systematische Propaganda der Regierung hatte. Diese suchte politischen Wettbewerb als einen Kampf zwischen verantwortungslosen und selbstsüchtigen Cliquen zu diskreditieren, der nur ins Chaos führt.

Alexej Nawalnyjs Kampf gegen Korruption hat in dieser Hinsicht in der Tat eine beträchtliche Vorleistung erbracht, damit dieses Problem vollends gelöst werden kann. In den Veröffentlichungen Nawalnyjs wird überzeugend dargestellt, dass es eben das derzeitige politische Regime war, das der ausufernden Korruption und dem selbstsüchtigen Gebaren der herrschenden Klasse den Boden bereitet hat. Diese Linie ließe sich weiterverfolgen, wobei bei der Agitation für das breite Publikum akzentuiert werden könnte, dass gerade die Demokratie effektive Kontrollinstrumente bereithält, um eine solche Lage der Dinge abzuwenden.

Für eine effektivere Verwirklichung dieses Ansatzes muss die Frage der Rechtsordnung breiter gestellt werden. Meinungsumfragen zeigen, dass die Bürger in Russland weniger wegen der Korruption als solcher beunruhigt sind, sondern eher wegen fehlender Garantien für die eigene persönliche Sicherheit und wegen anderer Fragen der öffentlichen Ordnung. Viele neigen zu der Ansicht, dass das derzeitige Regime (und vor allem dessen Justiz- und Sicherheitsbehörden) nicht in der Lage sind, in ausreichendem Maße für Ordnung zu sorgen. Diese kritische Haltung in der Bevölkerung hat sich jedoch noch nicht ausreichend in der Ideologie der russischen Opposition niedergeschlagen.

Das zweite Problem ist erheblich komplizierter. Um eine breite Unterstützung in der Bevölkerung zu gewinnen, muss die Opposition nationalistisch begründete Werte ideologisch integrieren. Die Schwierigkeit besteht hier vor allem darin, dass den meisten oppositionellen Aktivisten diese Werte fremd sind und jene politischen Strömungen, die sie vertreten, als feindlich wahrgenommen werden. Diese Situation ist angesichts der politischen Entwicklung in Russland vollauf erklärlich, stellt aber heute eindeutig eine Barriere für einen breiteren Einfluss der russischen Opposition dar. Dieses Hindernis wiegt umso schwerer, als Nationalismus in der Propaganda der Regierung eine zentrale Rolle spielt. In dem Maße, wie es der Regierung gelingt, in den Augen der Bevölkerung der Opposition antinationale Stimmungen und Handlungen zuzuschreiben, ist diese Indoktrination durchweg als erfolgreich zu bezeichnen.

Nawalnyj hat in der Frühphase seiner selbständigen politischen Tätigkeit einige Schritte zur Integration nationalistischer Thesen unternommen. Allerdings hat das Problem der Migration, das er seinerzeit bearbeitete, heute im Wesentlichen seine Aktualität verloren. Und ein neuer Ansatz, den Kampf für Demokratie mit dem Kampf für die nationalen Interessen zu verknüpfen, ist derzeit nicht in Sicht. Allerdings könnten sich in den kommenden Jahren solche Ansätze ergeben. Insbesondere könnte es dazu kommen, dass in der breiten Bevölkerung der Gedanke Anklang findet, dass die Politik der Regierung den nationalen Interessen Russlands schadet, weil sie das Investitionspotential schwächt, das Land zu technologischer Rückständigkeit verdammt, und weil das Ganze von einer Vergeudung der Mittel für teure außenpolitische Projekte und militärische Abenteuer begleitet wird. Die Auftritte von Wladimir Putin belegen, dass sogar der Regierung die mögliche Kraft einer solchen Argumentation bewusst ist und versucht wird, dieser vorzubeugen. Umso mehr ist es unverzeihlich, dass diese Argumente nicht in der nötigen Weise in der Rhetorik der Opposition erscheinen.

Das dritte Problem betrifft Fragen der sozialen Gerechtigkeit. Wie auch im vorigen Fall haben diese Fragen für die politischen Aktivisten der Opposition keine besondere Bedeutung, sind aber für die Bevölkerung äußerst wichtig. Darüber hinaus ist es jener Teil der politischen Agenda, den die Regierung schlichtweg nicht vollständig besetzen

kann – weil sie weder die aktuelle Lage als befriedigend darstellen, noch die Verantwortung hierfür ablegen kann. Meiner Ansicht nach sollte die Opposition daran arbeiten, dass der Bevölkerung der Zusammenhang zwischen fehlender politischer Gleichstellung und fehlender sozialer Gerechtigkeit bewusster wird. Bislang sind noch nicht einmal erste Schritte in dieser Richtung unternommen worden.

Fazit

Die Lösung der oben beschriebenen Probleme ist ganz eindeutig mit dem Risiko verbunden, dass die ideologische Identität der Opposition verschwommener wird. Das hätte für die Opposition schon deshalb bedauerliche Folgen, weil es die ohnehin nicht zahlreichen Aktivisten abschrecken würde. Allerdings sollte dieses Risiko auch nicht überzeichnet werden. Da die ideologische Identität der Opposition sich hauptsächlich auf liberale Werte gründet, sollte man sich daran erinnern, dass Liberalismus an sich weder zum Nationalismus, noch zur Idee der sozialen Gerechtigkeit in Antithese steht. In vielen europäischen Ländern (etwa in Deutschland) ist Liberalismus die führende Idee bei Nations- und Staatswerdung gewesen. Allgemein bekannt ist auch der Beitrag, den politische Liberale beim Aufbau des Sozialstaates in Europa und in der Bewegung für soziale Reformen in den USA geleistet haben. Inhaltliche Barrieren für eine solche ideologische Synthese bestehen also nicht.

Selbstverständlich bedeutet das nicht, dass unbedingt auf der Ebene der jeweiligen politischen Organisationen eine solche Synthese anzustreben wäre. Hier sind, das zeigt die weltweite Erfahrung mit Demokratisierung, unterschiedliche Varianten möglich. Einerseits sind bei einigen Demokratisierungsprozessen Massenbewegungen mit verschwommenem ideologischen Profil beteiligt gewesen, in dem es sowohl liberale, als auch nationalis-

tische und sozialistische Elemente gab. Die polnische »Solidarność« war selbstredend ein solches Phänomen. Auch sollte man nicht vergessen, dass es genau solch eine Bewegung war – auch wenn sie in ihrer Dimension nicht mit »Solidarność« zu vergleichen war –, die Anfang der 1990er Jahre zum Zusammenbruch des kommunistischen Regimes in Russland geführt hat. Möglicherweise wird auch eine neue Demokratisierung in Russland auf diesem Weg erfolgen.

Andererseits könnte es auch zu einer Situation kommen, in der an der Demokratisierungsbewegung Kräfte unterschiedlicher ideologischer Lager beteiligt sind. Dass in Russland ein solcher Weg wenig wahrscheinlich ist, ist vor allem auf den Verfall der Linken und der Nationalisten zurückzuführen, die gegenwärtig als oppositionelle politische Kräfte schlichtweg inexistent sind. Die politische Repräsentation der betreffenden Ideologien ist durch das Regime und die unter dessen Kontrolle stehenden Parteien der »Systemopposition« (»Kommunistische Partei der Russischen Föderation«, »Gerechtes Russland« und »Liberaldemokratische Partei Russlands«) vollkommen monopolisiert worden.

Zur Förderung der Demokratie wäre dieser Weg zugegebenermaßen der optimale, da dann bereits zu Beginn des politischen Wettbewerbs ein strukturelles Feld politischer Alternativen bestünde. Wichtig ist die Erkenntnis, dass auch für diesen Weg zur Demokratie gleichwohl eine ideelle Synthese des Liberalismus mit anderen Strömungen von Nutzen wäre, weil es die Grundlage für eine produktive Koalitionspolitik im Oppositionslager schaffen und es dem Regime nicht erlauben würde, Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Opposition zum Nutzen des Regimes zu wenden.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Grigori V. Golosov ist habilitierter Politologe und Universitätsprofessor für vergleichende Politikwissenschaft an der Europäischen Universität in St. Petersburg. Er ist darüber hinaus Redaktionsmitglied bei den Zeitschriften »Party Politics«, »Problems of Post-Communism«, »Region« und »Slavic Review« sowie assoziiertes internationales Redaktionsmitglied bei der Zeitschrift »Europe-Asia Studies«. Er hat zahlreiche Bücher und eine Vielzahl von Artikeln in Zeitschriften veröffentlicht (u. a. in: *British Journal of Politics and International Relations*, *Comparative Political Studies*, *Comparative Sociology*, *Europe-Asia Studies*, *International Political Science Review*, *Post-Soviet Affairs*).

Lesetipps

- Casula, Philipp: Sovereign Democracy, Populism, and Depoliticization in Russia, in: *Problems of Post-Communism*, 60.2013, Nr. 3, S. 3–15.
- Flikke, Geir: Canaries in a Coal Mine: The Uphill Struggle of Russia's Non-System Liberals, in: *Demokratizatsiya: The Journal of Post-Soviet Democratization*, 24.2016, Nr. 3, S. 291–325.
- Zevelev, Igor: Russian National Identity and Foreign Policy, Washington, D.C.: Center for Strategic and International Studies, Dezember 2016, <https://csis-prod.s3.amazonaws.com/s3fs-public/publication/161208_Zevelev-RussianNationalIdentity_Web.pdf>

TABELLE ZUM TEXT

Die dringendsten Probleme der Gesellschaft aus Sicht der russischen Bevölkerung

Tabelle 1: Welche der folgenden gesellschaftlichen Probleme erachten Sie als die bedrohlichsten? (%)

	Januar 2004	Januar 2006	Januar 2008	Februar 2010	Februar 2012	Februar 2014	Februar 2015	Februar 2016	Februar 2017	Januar 2018
Steigende Preise	73	71	81	71	72	69	82	77	69	63
Armut, Verarmung der Mehrheit der Bevölkerung	57	55	49	51	53	51	43	49	50	47
Steigende Arbeitslosigkeit	35	36	28	47	36	33	38	43	42	40
Korruption, Bestechung	23	23	23	28	37	32	21	24	28	38
Wirtschaftskrise, schlechter Zustand der Industrie und Landwirtschaft	30	31	29	36	33	29	36	38	34	35
Wachsende Schere zwischen Arm und Reich, ungerechte Einkommensverteilung	29	32	35	29	36	27	24	26	27	33
Fehlender, defizitärer Zugang zu medizinischer Versorgung	36	30	31	27	27	25	19	15	20	26
Steigende Bildungskosten	30	28	26	16	18	17	13	14	16	20
Krise der Moral, Kultur, Tugend	22	26	27	28	31	26	18	16	19	18
Steigender Drogenkonsum	28	25	26	26	30	21	14	14	15	18
Zuwanderung	-*	11	8	10	15	23	9	12	9	18
Verschlechterung der Umweltsituation	19	20	23	21	20	16	9	13	13	15
Staatliche Willkür	10	10	9	14	15	12	8	9	10	11
Gefahr durch Attentate und andere terroristische Handlungen	13	12	6	6	9	12	4	11	8	10
Schwäche der Staatsmacht	9	14	8	11	11	8	6	9	8	10
Verzögerungen bei der Auszahlung von Löhnen, Renten, Zulagen etc.	10	6	3	7	4	4	3	9	5	9

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Welche der folgenden gesellschaftlichen Probleme erachten Sie als die bedrohlichsten?
(%) (Fortsetzung)

	Januar 2004	Januar 2006	Januar 2008	Februar 2010	Februar 2012	Februar 2014	Februar 2015	Februar 2016	Februar 2017	Januar 2018
Ungerechte Behandlung vor Gericht	8	5	6	6	7	7	4	5	5	9
Steigende Kriminalität	35	29	23	20	17	14	8	8	10	8
Zunahme der Zahl von AIDS Erkrankungen	-*	7	7	5	5	3	-*	-*	-*	8
Wachsender Nationalismus, Verschlechterung von interethnischen Beziehungen	4	8	5	7	9	10	8	8	6	7
Polizeigewalt, Brutalität von Polizisten	-*	8	7	12	9	7	4	5	5	7
Terrorismus in Tschetschenien und im Nordkaukasus	-*	6	3	5	3	7	-*	-*	-*	6
Beschränkung von Bürgerrechten und demokratischen Freiheiten (Redefreiheit, Pressefreiheit)	2	2	2	3	5	4	2	3	3	5
Konflikte zwischen den verschiedenen Organen des Staates auf unterschiedlichen Verwaltungsebenen	-*	4	2	2	3	3	-*	-*	-*	5
Der Krieg in der Ostukraine	-*	-*	-*	-*	-*	-*	28	14	19	-*
Die Abwertung des Rubels	-*	-*	-*	-*	-*	-*	31	27	12	-*
Westliche Sanktionen gegen Russland	-*	-*	-*	-*	-*	-*	15	12	8	-*
Sonstige	2	2	2	2	2	2	1	3	2	2
Schwer zu sagen	<1	<1	2	2	1	2	1	<1	1	2

Anm.: Den Befragten wurde eine Liste vorgelegt, aus der sie mehr als eine Antwortmöglichkeit auswählen konnten.

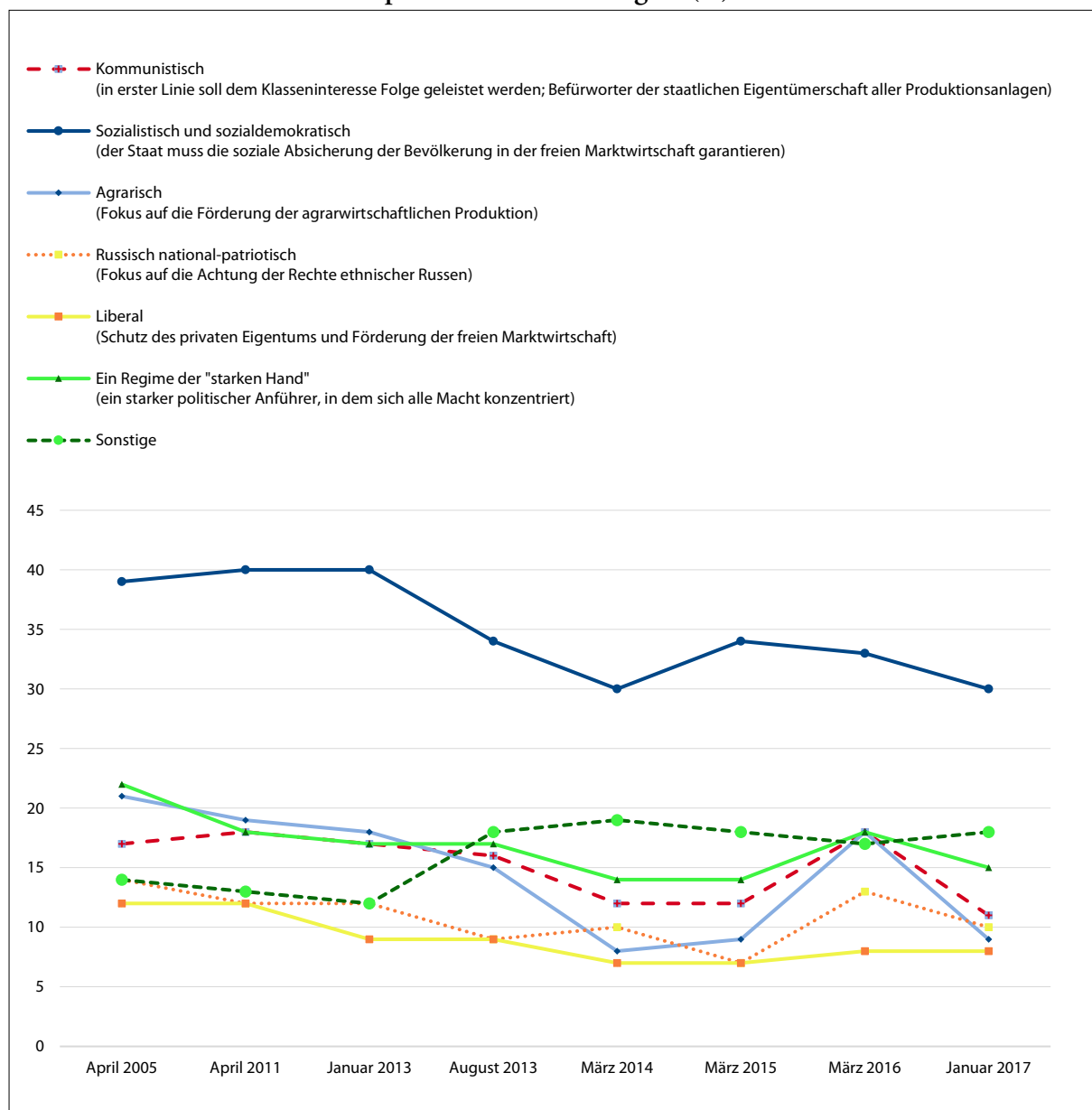
* Diese Antwortmöglichkeiten waren zur Zeit der Befragung nicht als Option aufgelistet.

Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 19.–23. Januar 2018, <<https://www.levada.ru/2018/04/24/naibolee-trevozhashie-problemy-3/>>, 24. April 2018

UMFRAGE

Die politischen Einstellungen der russischen Bevölkerung

Grafik 1: Was sind aktuell Ihre politischen Einstellungen? (%)



Anm.: Mehrfachauswahl möglich.

Quelle: Lewada-Zentrum, *Obschtschestvennoe mnenije* – 2017, S. 40, <<https://www.levada.ru/cp/wp-content/uploads/2018/03/OM-2017.pdf>>

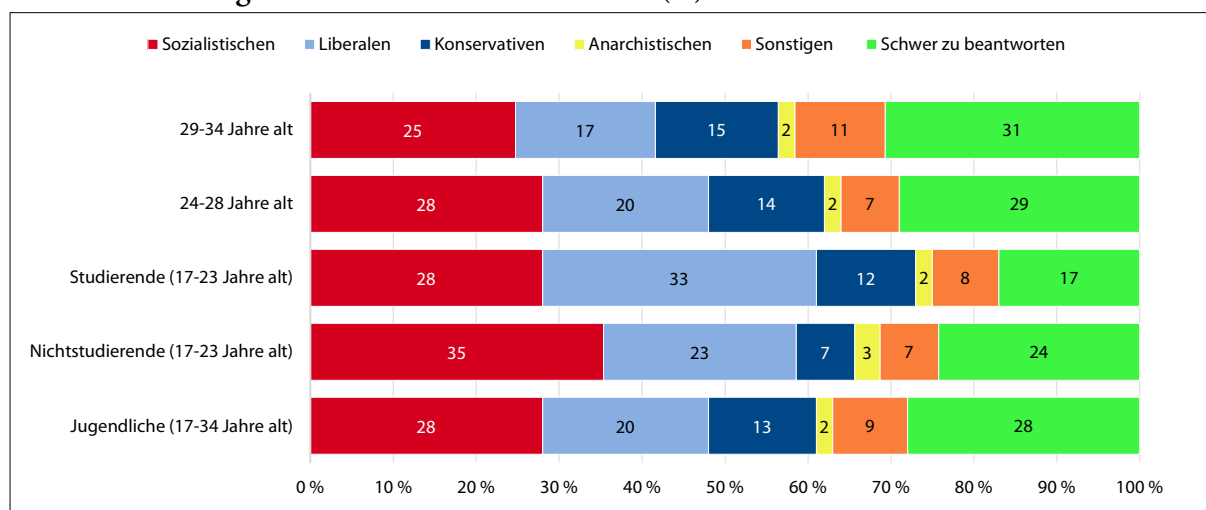
Tabelle 1: Was sind aktuell Ihre politischen Einstellungen? (%)

	April 2005	April 2011	Januar 2013	August 2013	März 2014	März 2015	März 2016	Januar 2017
Kommunistisch (in erster Linie soll dem Klasseninteresse Folge geleistet werden; Befürworter der staatlichen Eigentümerschaft aller Produktionsanlagen)	17	18	17	16	12	12	18	11
Sozialistisch und sozialdemokratisch (der Staat muss die soziale Absicherung der Bevölkerung in der freien Marktwirtschaft garantieren)	39	40	40	34	30	34	33	30
Agrarisch (Fokus auf die Förderung der agrarwirtschaftlichen Produktion)	21	19	18	15	8	9	18	9
Russisch national-patriotisch (Fokus auf die Achtung der Rechte ethnischer Russen)	14	12	12	9	10	7	13	10
Liberal (Schutz des privaten Eigentums und Förderung der freien Marktwirtschaft)	12	12	9	9	7	7	8	8
Ein Regime der »starken Hand« (ein starker politischer Anführer, in dem sich alle Macht konzentriert)	22	18	17	17	14	14	18	15
Sonstige	14	13	12	18	19	18	17	18
Anzahl der Respondenten	1.600	800	800	800	800	800	1.600	1.800

Anm.: Mehrfachauswahl möglich.

Quelle: Lewada-Zentrum, *Obschtschestwennoe mnenije – 2017*, S. 40, <<https://www.levada.ru/cp/wp-content/uploads/2018/03/OM-2017.pdf>>

Grafik 2: Die politischen Einstellungen der russischen Jugend: Welchen politischen Grundhaltungen würden Sie eher zustimmen? (%)



Anm.: Aufgrund von Rundungsdifferenzen weicht die aufaddierte Zahl der Respondenten von 100 % ab.

Quelle: FOM-Umfrage, <<http://fom.ru/TSennosti/13288>>, veröffentlicht am 13. April 2017

ANALYSE

Populismus und Elitarismus im heutigen Russland

Emil Pain (Higher School of Economics, Moskau)

Zusammenfassung

Dieser Beitrag analysiert die Rolle des Populismus in der russischen Politik und dessen inadäquate Einschätzungen in ideologischen Diskussionen. Der Begriff »Populismus« selbst trägt unbestimmte und zugleich zutiefst negative Züge. Aus Sicht des Regimes in Russland steht Populismus vor allem für die Gefahr »farbiger Revolutionen« wie jener in Georgien, der Ukraine und der sich aktuell in Armenien entwickelnden. Als wichtigstes Mittel zur Verhütung dieser Art »Populismus« setzt die russische Regierung präventive Repressionen gegen populäre Oppositionelle und Anführer gesellschaftlicher Bewegungen wie beispielsweise Alexej Nawalnyj ein. Die liberale Opposition brandmarkt mit dem Wort »Populisten« vor allem das Regime in Russland. Präsident Putin wird mit dem US-Präsidenten Donald Trump verglichen, obwohl es der russische Präsident nicht nötig hat, auf Populismus zurückzugreifen, um so lang an der Macht zu bleiben, wie er will. In dem Beitrag wird angenommen, dass der Populismus in Russland schwach und oft nur ein scheinbarer ist, während in Wirklichkeit der Einfluss auf den politischen Prozess durch eine andere Form der Demagogie erfolgt, nämlich den Elitarismus, der keineswegs auf einem Liebäugeln mit dem Volk gründet, sondern auf einer Verachtung für das Volk und der Angst vor Massenbewegungen.

Hoffnungen und Ängste der Liberalen in Russland

Mitte April 2018 wurden in der russischen Presse und den sozialen Netzwerken drei Ereignisse diskutiert, die ihrer Natur nach unterschiedlich sind, aber im gleichen

Maße die wichtigsten Tendenzen der Stimmung in der Gesellschaft in Russland beleuchten. Das erste waren die unlängst erfolgten Raketenangriffe der USA und ihrer Verbündeten gegen Syrien, die, so schien es, die Gefahr eines dritten Weltkrieges heraufbeschworen, dann aber

doch nur mit dem üblichen propagandistischen Getöse endeten, mit einer eindringlichen Warnung an die USA von Seiten der russischen Regierung, die dieses Luftangriffe einen »Akt der Aggression« nannte. Das zweite war der Absturz der russischen Wertpapiermärkte nach der Verkündung eines weiteren Sanktionspaketes der USA, das zuvor (am 6. April) gegen russische Oligarchen und Bürokraten verhängt worden war. Das dritte waren die »Müll-Demonstrationen«, die in neun Städten des Moskauer Umlandes stattfanden: Die Einwohner protestierten gegen extreme Überlastung von Müllkippen und forderten, dass die entstandenen Umweltprobleme gelöst werden. Diese Demonstrationen wurden besonders häufig in den oppositionellen, insbesondere in den eher liberalen Segmenten des russischen Internets kommentiert. Vor dem Hintergrund der westlichen Sanktionen und des militärischen Drucks durch den Westen wurden sie fast schon als Vorboten eines Sturzes der Regimes Putin interpretiert, auch wenn an den Aktionen selbst nach den optimistischsten Schätzungen nicht mehr als fünftausend Menschen teilgenommen haben und dort keinerlei politischen Parolen zu erkennen waren.

Für jene Oppositionellen, die eine große Welle heftiger Proteste gegen Putin erwarteten, kamen dann die Ergebnisse einer frischen Umfrage des »Lewada-Zentrums« wie eine kalte Dusche. Sie zeigten, dass derzeit nur acht Prozent der Befragten bereit sind, sich zur Verteidigung ihrer sozialen Rechte an Protestaktionen zu beteiligen. An politischen Protesten würden sich gar nur sechs Prozent beteiligen. Und das, wo doch diese Zahlen vor zwei Jahren noch beim Doppelten gelegen hatten, auch wenn damals schon ein Rückgang der Protestbereitschaft festzustellen war. Dieser Rückgang ist keineswegs zufällig und vor allem auf die zunehmende Konfrontation zwischen Russland dem Westen nach der Angliederung der Krim zurückzuführen. Die verbreitete Psychologie einer »belagerten Festung«, die sich in dieser Situation entwickelt, verstärkt die Konsolidierung der Menschen in Russland gegen einen äußeren Feind. Und sie führt dazu, dass sich die Menschen um den Staatsführer scharen, der von nun an als Verteidiger, Retter und unersetzlicher Führer wahrgenommen wird. Das sichert Wladimir Putin eine riesige Unterstützung, sowohl bei den Präsidentschaftswahlen, als auch in den Meinungsumfragen. Selbst die zunehmenden Wirtschaftsprobleme und Krisen werfen keinen Schatten auf die sakrale Führerfigur.

Eine solche Situation, in der bei einer Konsolidierung gegen einen äußeren Feind und einem wachsenden Bedürfnis nach »Führerschaft« irrationale und mythologisierte Haltungen in der breiten Bevölkerung zunehmen, ist in der Forschung eingehend beschrieben worden. Sie wird jedoch von der liberalen Opposition in Russland

bislang kaum rezipiert. In deren Vorstellungen mischen sich auf wunderliche Weise illusionäre Hoffnungen auf Massenproteste und eine gleichzeitige Furcht vor denselben. In den sozialen Medien diskutieren die russischen Liberalen ständig die Frage, ob nicht spontane Massenproteste für russische Intellektuelle und ethnische Minderheiten gefährlicher seien als das derzeitige autoritäre System. Eine weitere, oft thematisierte Frage ist, ob ein neuer populistischer Anführer der Volksmasse zu einem noch autoritäreren Führer werden könnte als Putin. Genau so wird Alexej Nawalnyj, die heute populärste Führungsfigur in den Reihen der demokratischen Opposition, von vielen russischen Liberalen eingeschätzt.

Der bekannte Publizist Stanislaw Belkowskij, der bei den vergangenen Präsidentschaftswahlen als wichtigster politischer Berater im Team der liberalen Kandidatin Ksenija Sobtschak in Erscheinung trat, hatte schon 2013 die Parole »Lieber Putin als Nawalnyj!« ausgegeben. Viele andere liberale Kritiker hatten Nawalnyj mehrfach Führergebaren und Populismus vorgeworfen (leider ist es an dieser Stelle nicht möglich, diese Einschätzungen eingehender zu kommentieren). Aus politikwissenschaftlicher Sicht lässt sich Nawalnyj in der Tat gerade der letztgenannten Kategorie zuordnen, da sein wichtigstes Instrument, mit dem er größere Bevölkerungsteile hinter sich zu bringen sucht, in der für Populismus klassischen Gegenüberstellung des »guten Volkes« und der autoritären, korrupten und volksfeindlichen »schlechten Elite« besteht. Das ist typischer Sozialpopulismus – ist dieser jedoch angesichts der gegenwärtigen Zustände in Russland wirklich als etwas eindeutig Negatives zu betrachten?

Populismus fürchten alle

Populismus wird in Russland überwiegend negativ wahrgenommen, und die meisten politischen Kräfte fürchten ihn. Doch werden dieses Phänomen und die mit ihm verbundenen Gefahren längst nicht von allen in gleicher Weise verstanden.

Für das russische Regime bedeutet Populismus vor allem die Gefahr »farbiger Revolutionen«. So werden im Kreml Massenbewegungen bezeichnet, die einen gewaltlosen Wechsel des politischen Regimes anstreben. Solche Revolutionen hatte es in Georgien (»Rosenrevolution« 2003), in Kirgistan (»Tulpenrevolution« 2005), in der Ukraine (»Orange Revolution« 2004 und »Revolution der Würde« 2013–14) gegeben und eine solche geschieht derzeit in Armenien, wo es bereits zum Rücktritt des Ministerpräsidenten Sersch Sargsjan gekommen ist. Als Hauptinstrument zur Vorbeugung gegen diesen »Populismus« griff die russische Regierung zu präventiven Repressionen gegen populäre Oppositionelle und Anführer gesellschaftlicher Bewegungen. Sie stützt sich

dabei auf die vollständig von der Exekutive abhängige Gerichtswesen. Am meisten fürchtet der Kreml Alexej Nawalnyj, der zweimal wegen Wirtschaftsverbrechen zu einer Haftstrafe auf Bewährung verurteilt wurde (Zuerst im »Fall Kirowles«, dann im »Fall Yves Rocher«). Obwohl der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte beide Urteile für unbegründet befand, dienten sie den russischen Behörden als Vorwand, Nawalnyj das Recht auf eine Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen 2018 zu verweigern.

Gleichzeitig beraubte der Kreml – wiederum mit Hilfe gerichtlicher Verfolgung – eine einst mitgliederstarke politische Bewegung ihrer Führung, nämlich die der russischen Nationalisten. 2016 und 2017 wurden aufgrund verschiedener (und oft höchst zweifelhafter) Anklagen verurteilt: Alexandr Below, Anführer der »Bewegung gegen illegale Immigration«, einer der populärsten nationalistischen Organisationen; Dmitrij Djomuschkin, der den früher einflussreichen »Slawischen Bund« angeführt hatte; Maxim Marzinkewitsch (Spitzname: »Tesak«), Gründer und Ideologe der radikalen nationalistischen Bewegung »Restrukt« sowie Dutzende Anführer der Nationalisten auf regionaler Ebene. Mit diesem Vorgehen »erledigte« das Regime endgültig die urwüchsigen Organisationen des russischen Nationalismus. Letzterer ist allerdings zuvor schon, praktisch seit der Angliederung der Krim an Russland, die von den meisten russischen Nationalisten mit Begeisterung gefeiert wurde, keine eigene relevante politische Kraft mehr gewesen. Viele der Nationalisten hatten schon damals Abstand von einer Kritik am Regime genommen und dadurch weitgehend ihre politische Eigenständigkeit verloren. Auf diese Weise hat der offizielle, staatliche Nationalismus den gesellschaftlichen »Grassroots«-Nationalismus verdrängt und für sich vereinnahmt.

Die russischen Liberalen verstehen »Populismus« anders. In ihrem Diskurs wird dieser Begriff vor allem als politischer Stil gewertet, der die breite Bevölkerung mit Hilfe unerfüllbarer Versprechungen oder des Anheizens von Ängsten vor äußeren und inneren Feinden zu manipulieren versucht. Diese Einordnung des Populismus ist zwar nicht falsch, jedoch überaus eng gefasst, und sie macht es nur schwerlich möglich, Populismus von einem weiter zu fassenden Phänomen zu unterscheiden, der Demagogie. Ein solches Verständnis verschleiert die politische Schlüsselfunktion des Populismus als Instrument im politischen Wettstreit.

Wie das russische Regime fürchtet die liberale Opposition einen Nationalpopulismus von Seiten des russischen Nationalismus. Sie verhält sich mit Vorsicht zum Sozialpopulismus Nawalnyjs, wirft aber gleichwohl Präsident Putin am stärksten Populismus vor. Letzterer wird oft mit Politikern des Auslands verglichen, die fest als

Populisten gelten (beispielsweise Silvio Berlusconi und Donald Trump). Allerdings werden dabei die prinzipiellen Unterschiede zwischen russischen und westlichen Politikern nicht wahrgenommen. Westliche Politiker agieren auf einem Feld politischer Konkurrenz und setzen Populismus gewissermaßen als Rammbock zum Erlangen der Macht ein. Putin aber – wie auch dessen Kollegen in Kasachstan, Belarus, Aserbaidschan und einer Reihe anderer Staaten mit einem autoritären Regime – braucht keinen Populismus, um jahrzehntelang seine Macht zu wahren. Schließlich kann jeder Anwärter auf das höchste Amt, der ihm gefährlich werden könnte, einfach nicht zu den Wahlen zugelassen werden kann – wie im Fall Nawalnyj. Sowohl Trump bei den letzten Präsidentschaftswahlen in den USA, als auch Berlusconi bei den vergangenen Parlamentswahlen in Italien sind in Bezug auf die jeweilige Regierung als Politiker der Opposition aufgetreten und haben einen in dieser Situation für Populismus klassischen Ansatz verfolgt: Kritik am Establishment im Namen des protestierenden Volkes. Putin wird als unsterblicher Anführer des Landes natürlich keine Kritik am System oder am Establishment üben. Im Gegenteil: Er verkörpert diese und verteidigt sie gegen alle Formen des Protestes, auch gegen populistischen Protest.

Scheinbarer Populismus und realer Elitarismus

Putin ist kein Monarch, er hat ein Regime »imitativer Demokratie« errichtet, in dem – formal – Wahlen stattfinden, ein Parlament existiert und die Gerichte unabhängig sind. All diese Institutionen dienen lediglich als Dekoration des autoritären Regimes, während sie gleichzeitig von dem einen Herrscher und dessen naher Umgebung abhängig sind. Eine imitative Demokratie braucht einen imitativen Populismus zur Legitimierung im Innern. Daher lässt Putin selbst viele Anzeichen eines Populismus erkennen: Er »redet mit dem Volk« bei alljährlich im Fernsehen stattfindenden »direkten Drähten« mit dem Präsidenten, er macht unmittelbar »dem Volk« Versprechungen, über die Köpfe der regionalen und lokalen Verwaltungen hinweg. Der von Putin geführte Staat manipuliert die gesellschaftlichen Stimmungen, arbeitet mit Klischees imperialen Denkens und schön die Wirklichkeit in Russland. Diesem vorgepielten Populismus fehlt das wichtigste Merkmal eines echten Populismus, nämlich, dass er sich auf Proteststimmungen im Lande stützt. In Russland werden solche Stimmungen entweder im Keim erstickt, oder sie werden in Hass gegen einen äußeren Feind kanalisiert, gegen Amerika oder den Westen als Ganzes.

In einem stärkeren Maße weisen die Parteien der sogenannten Systemopposition und deren langjährigen

Anführern äußerliche Anzeichen eines Populismus auf. So lassen sich bei zwei der ältesten Parteien im postsowjetischen Russland, der LDPR und der KPRF, die seit 1993 in der Staatsduma vertreten sind und seit einem Vierteljahrhundert den gleichen Vorsitzenden haben (Wladimir Schirinowskij und Gennadij Sjuganow), mühelos Merkmale eines zur Schau gestellten, demonstrativen Populismus ausmachen. Beide Parteien bezeichnen sich als Parteien des Volkes: Schirinowskij und seine LDPR betonen ihre soziale und nationale Volksverbundenheit (beispielsweise mit Parolen wie »Wir stehen für die Armen, wir stehen für die [ethnischen] Russen«, und die Kommunisten definieren sich als »Partei der Arbeiter und Bauern« und als »Partei des arbeitenden Volkes«. Beide Parteien wenden sich öffentlich gegen die Elite, allerdings nicht gegen die reale Elite der »Silowiki« (Offiziere der Polizei, der Armee und der Geheimdienste), die im heutigen Russland das Rückgrat der politischen Klasse bildet, ja nicht einmal gegen die allseits bekannte Gruppe der neuen »Oligarchen« (der Freunde von Präsident Putin). Sie wenden sich gegen eine erfundene Elite aus Liberalen, die ja heute in Wirklichkeit in der russischen Politik eine diskriminierte Minderheit darstellen (in der Sprache der staatlichen Propaganda: »ausländische Agenten« und »fünfte Kolonne«) und überhaupt nicht im Parlament vertreten sind.

Populismus ist nicht die einzige Spielart moderner Demagogie. Es gibt noch eine weitere, eng verwandte Form, den Elitarismus. Während Populismus sich auf ein Liebäugeln mit dem Volk stützt, demonstriert Elitarismus in unterschiedlicher Form eine Verachtung gegenüber dem Volk. Im heutigen Russland ist Elitarismus die vorherrschende Form jener Demagogie, die bei einem Großteil der Elite in Russland anzutreffen ist, und zwar sowohl im Regime, als auch innerhalb der Opposition. Elitarismus ist eine Form des kulturellen Rassismus, eine Ideologie, die auf einer in den Eliten herrschenden Vorstellung beruht, dass das Volk (die »Biomasse«) aufgrund natürlicher oder historischer Umstände unfähig ist, sich selbst zu regieren oder die Situation adäquat einzuschätzen.

In Russland und einigen anderen postsowjetischen Ländern lässt sich in den Regimen ein paternalistischer Elitarismus feststellen, bei dem das Volk lediglich ein zu verwaltendes Objekt ist, kurzum: Untertanen, »unvernünftige Kinder«, die ohne väterliche Aufsicht zugrunde gehen. Der autoritäre Führer geht von der Überzeugung aus, dass er besser als das Volk weiß, was Letzteres braucht. In der Praxis spiegelt sich dieser Paternalismus anschaulich in den formalen und informellen Titeln postsowjetischer Führerfiguren wieder, die oft als »Vater des Volkes« (»Turkmenbaschi« / »Turkmenbaşy« – »Führer der Turkmenen« in Turkmenistan; »Elbasy« – »Führer

der Nation« in Kasachstan, »Batka« / »Bazka« – »Väterchen« in Belarus...). Die Propaganda in Russland betitelt Putin als »Führer der Nation«.

In Kreisen, die dem Regime gegenüber in Opposition stehen, ist ein snobistischer Elitarismus verbreitet. Dieser wiederholt den Gedanken von José Ortega y Gasset: »Da die Massen ihrem Wesen nach ihr eigenes Dasein nicht lenken können noch dürfen und noch weniger imstande sind, die Gemeinschaft zu regieren [...]« (Aufstand der Massen 1929/1931). In Russland findet der Elitarismus oppositioneller, liberaler Kreise in einer Reihe von Spitznamen Ausdruck: »sowki« [abschätzig für »Sowjetmenschen« und »nostalgische Sowjetpfeifer«], »Sklaven«, »Wattejacken« u. a. m. Die bekannte russische Psychologin Ljudmila Petranowskaja hat eine Neigung von Angehörigen der gebildeten und oppositionell gestimmten Klasse in Russland festgestellt, die Sentenz von der »elenden Nation von Sklaven« zu reproduzieren.

Populismus und Demokratie – Ist am Populismus alles schlecht?

Das Beispiel Russland verdeutlicht anschaulich, dass echter Populismus nur unter demokratischen Bedingungen möglich ist. In der Zeit des Totalitarismus saßen die potentiellen Populisten in den Gefängnissen, im Gulag, zusammen mit allen möglichen anderen politischen Akteuren, denen ein Protest gegen die sowjetische Nomenklatur in den Sinn gekommen war. Russland ist heute kein totalitärer Staat. Dort besteht ein Regime imitativer Demokratie, und auch der Populismus ist nur vorgetäuscht, eine Imitation. Echter Populismus hingegen kann sich nur entwickeln, wenn politischer Wettbewerb und Demokratie herrschen. Darüber hinaus kann er in Ländern mit einer nur schwachen demokratischen Tradition, in denen die herrschende Elite es nicht gewohnt ist, nach demokratischen Regeln zu agieren, unter bestimmten Bedingungen erste Schritte in Richtung Demokratie befördern. Die Abkehr vom kommunistischen System und der Aufbau der Demokratie in Polen Ende der 1980er Jahre ist untrennbar mit Lech Wałęsa und dessen Mitstreitern von der Gewerkschaft »Solidarność« verbunden, die deutlich populistische Elemente einsetzten. Die ersten Schritte zur Demokratie in Russland Anfang der 1990er Jahre wurden unter dem Populisten Boris Jelzin unternommen, und die Erfolge bei den Reformen zur Entbürokratisierung und bei der Korruptionsbekämpfung in den 2000er Jahren in Georgien sind zu erheblichen Teilen dem populistischen Präsidenten Micheil Saakaschwili zu verdanken.

Ein Teil der wenigen Hoffnungen für einen Ausweg Russlands aus der derzeitigen politischen Stagnation könnte mit der Figur des Populisten Alexej Nawalnyj

verbunden sein. Er ist der einzige liberale Oppositionelle, der sich an breite Bevölkerungsschichten wendet und im Namen des ganzen Volkes auftritt, und eben nicht nur einer enggefassten ideologischen Gruppe mit ausgeprägt prowestlicher Orientierung. Nawalnyj ist nicht nur als Politiker populär. Sein »Youtube«-Kanal hat über zwei Millionen Abonnenten und wächst weiterhin. Der im Dezember 2015 veröffentlichte Videoclip »Tschajka«, in dem die Rechercheergebnisse zu den Kindern des gleichnamigen Generalstaatsanwalts gezeigt wurden, die auf einträgliche Posten in Staatskorporation gehievt wurden, hat sechs Millionen *Views* erreicht. Und das Portrait »Das ist ja kein Dimon« [S. auch <<http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen332.pdf>>; S. 15] über ein Korruptionssystem, in das der russische Ministerpräsident Dmitrij Medwedew mutmaßlich verwickelt war, wurde dann sogar 23 Millionen Mal angeschaut.

Das Wichtigste ist jedoch, dass Nawalnyjs Agenda des Kampfes gegen die Korruption und den Autoritarismus der Regierung nicht einfach nur bei vielen Menschen populär ist, sondern womöglich zu einer Ernüchte-

rung der Bevölkerung führen kann. Die Leute würden so aus den Fängen der Mythologie von der »belagerten Festung« und der Konfrontation mit dem Westen herausgelöst. Das Volk könnte seine Aufmerksamkeit dann auf eine Lösung der inneren Probleme des Landes richten.

Womöglich wird es in Russland noch weitere populäre Führungspersönlichkeiten geben, die jetzt noch nicht so bekannt sind wie Nawalnyj. Wie dem auch sei – in einer Zukunft, in der es einen demokratischen Wandel des Landes gibt, wird die Schlüsselrolle aller Wahrscheinlichkeit nach nicht oppositionellen Randfiguren und hauptstädtischen Snobs zufallen, sondern Populisten im ureigentlichen Sinne des Wortes. Jenen, die sich selbst und ihre Bewegung zur Verkörperung des einfachen Volkes erklären (»Ich bin einer von euch – ich fahr mit der Straßenbahn, stehe Schlange, wohne in einer armen Gegend...«), die im Namen des Volkes der bestehenden politischen Elite das Misstrauen aussprechen und das Bild einer attraktiven Zukunft vorlegen.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Emil Pain ist habilitierter Politologe an der Higher School of Economics, Moskau. Von 1996–1999 war er Berater des russischen Präsidenten für Fragen der interethnischen Beziehungen und des Nationalismus. Er hat bisher 16 Monographien und über 400 Artikel zu den Themen Nationalismus, ethnische Konflikte sowie ideologische Strömungen und deren Einfluss auf die politische Entwicklung in Russland veröffentlicht.

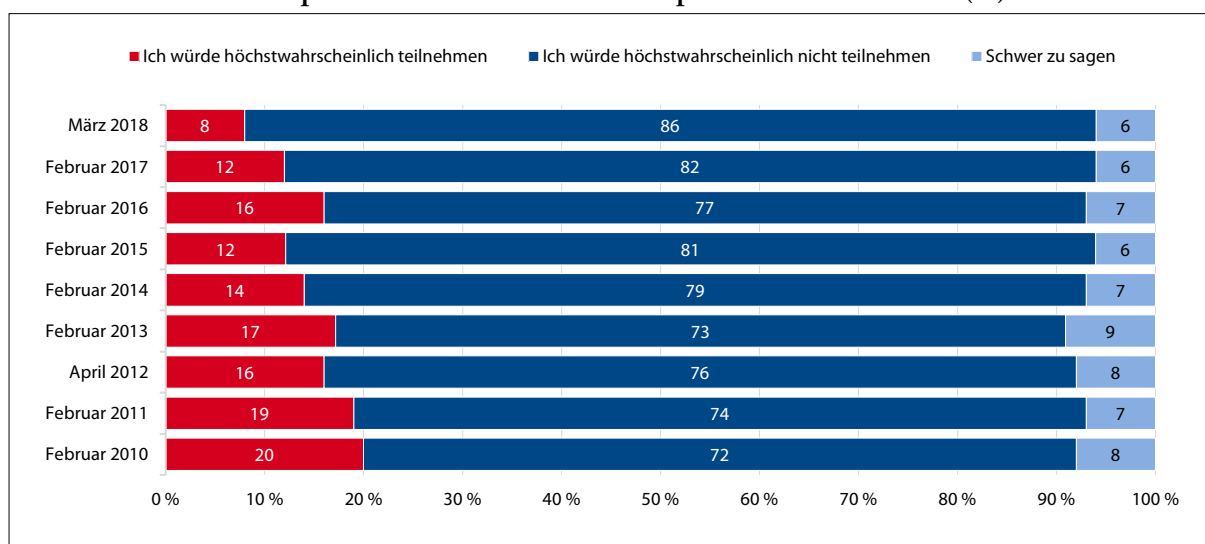
Lesetipps

- Laruelle, Marlene: Alexei Navalny and challenges in reconciling “nationalism” and “liberalism”, in: *Post-Soviet Affairs*, 30.2014, Nr. 4, S. 276–297.
- Rovira Kaltwasser, C.; P. Taggart, P. Ostiguy, P. Ochoa Espejo (Hg.): *Handbook of populism*, Oxford: Oxford University Press 2017.

GRAFIKEN ZUM TEXT

Protestpotential in Russland

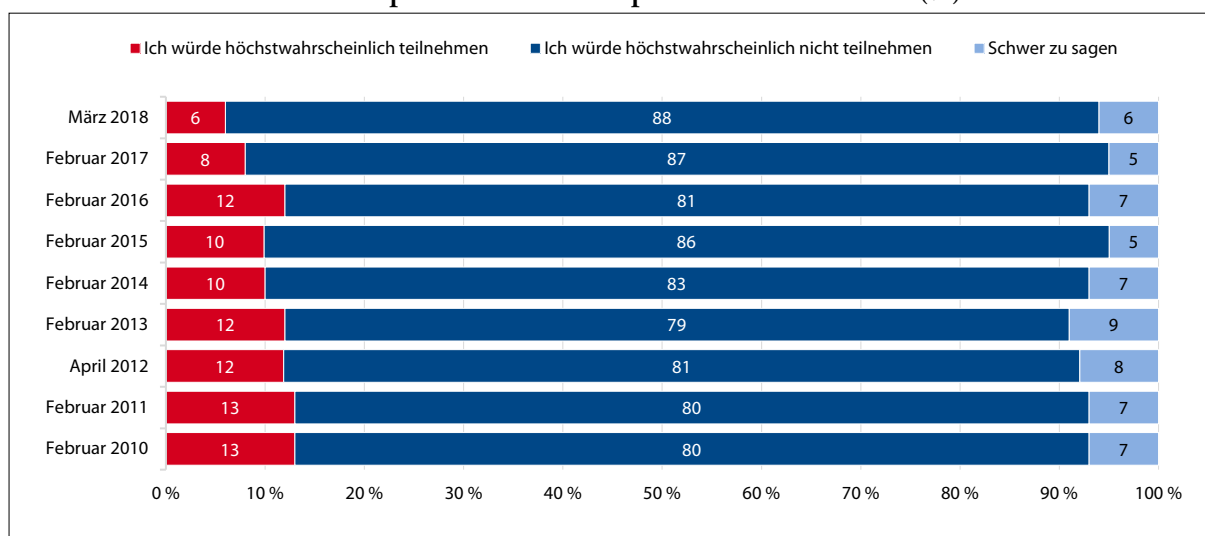
Grafik 1: Für den Fall, dass es in Ihrer Stadt/Ihrem Dorf zu Großdemonstrationen gegen eine Verschlechterung der Lebensqualität und/oder zur Verteidigung Ihrer Rechte käme, würden Sie persönlich an solchen Massenprotesten teilnehmen? (%)



Anm.: Aufgrund von Rundungsdifferenzen weicht die aufaddierte Zahl der Respondenten von 100 % ab.

Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 23.–27. März 2018, <<https://www.levada.ru/2018/04/16/protestnyj-potentsial-7/>>, 16. April 2018

Grafik 2: Für den Fall, dass es in Ihrer Stadt/Ihrem Dorf zu Protesten (Demonstration, Kundgebung, Streik) in Verbindung mit politischen Forderungen käme, würden Sie persönlich an solchen politischen Massenprotesten teilnehmen? (%)



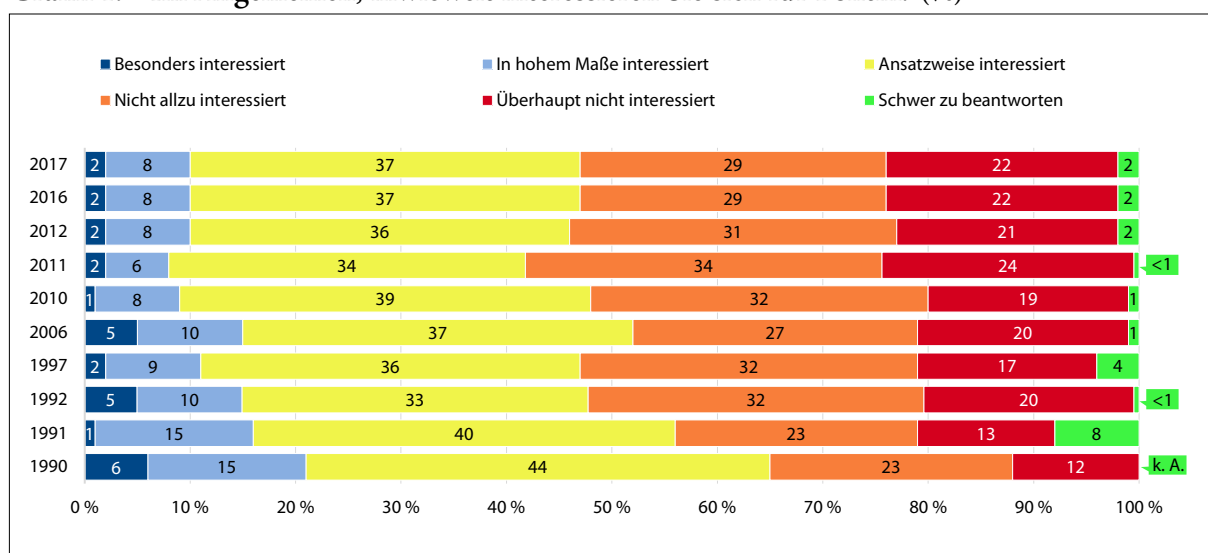
Anm.: Aufgrund von Rundungsdifferenzen weicht die aufaddierte Zahl der Respondenten von 100 % ab.

Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 23.–27. März 2018, <<https://www.levada.ru/2018/04/16/protestnyj-potentsial-7/>>, 16. April 2018

UMFRAGE

Einstellungen der russischen Bevölkerung zu Politik und Staat

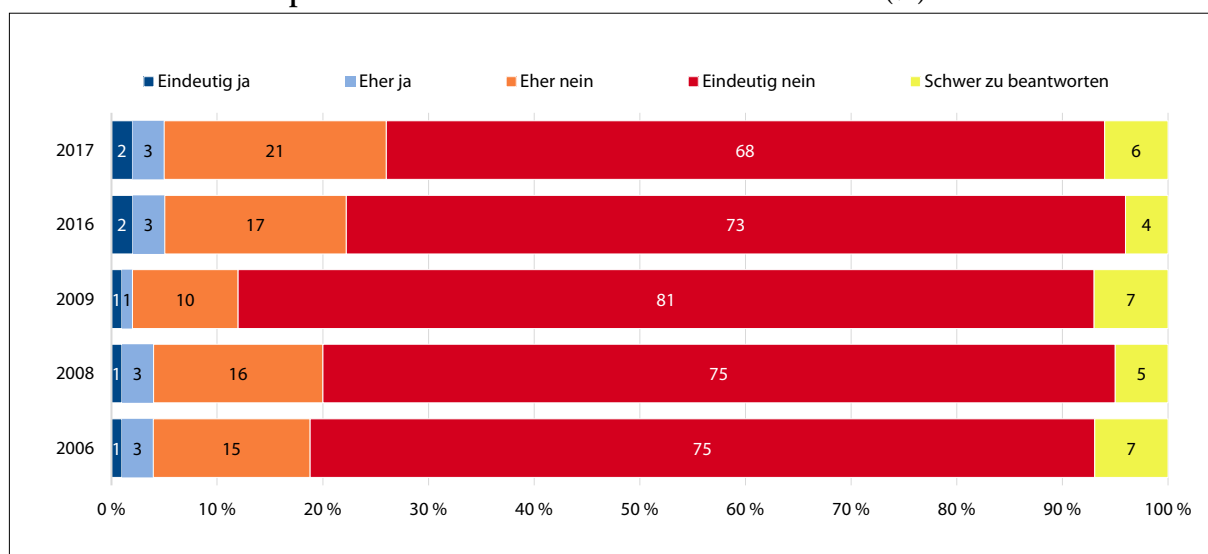
Grafik 1: Im Allgemeinen, inwieweit interessieren Sie sich für Politik? (%)



Anzahl der Respondenten: 1990: 1.000; 1991: 1.500; 1991: 1.500; 1997: 1.700; 2005: 1.600; 2010: 1.600; 2011: 1.600; 2012: 1.600; 2016: 1.600; 2017: 1.600

Quelle: Lewada-Zentrum, *Obschtschestwennoe mnenije* – 2017, S. 40, <<https://www.levada.ru/cp/wp-content/uploads/2018/03/OM-2017.pdf>>

Grafik 2: Haben Sie persönlich Einfluss auf die Situation im Land? (%)

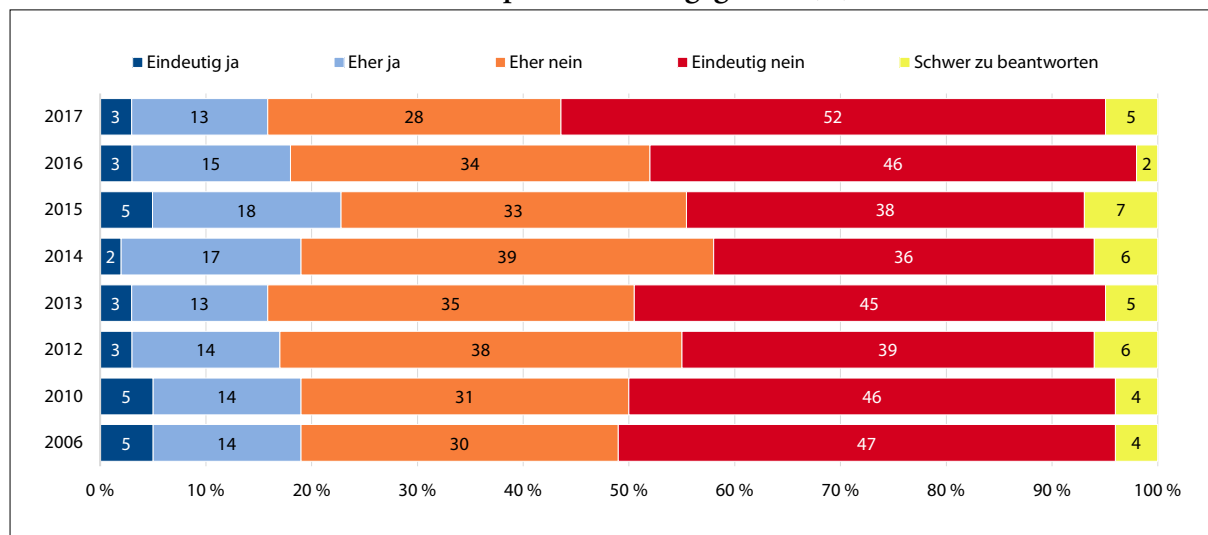


Anm.: Aufgrund von Rundungsdifferenzen weicht die aufaddierte Zahl der Respondenten von 100% ab.

Anzahl der Respondenten: 2006: 3.000; 2008: 1.600; 2009: 900; 2016: 1.600; 2017: 1.600

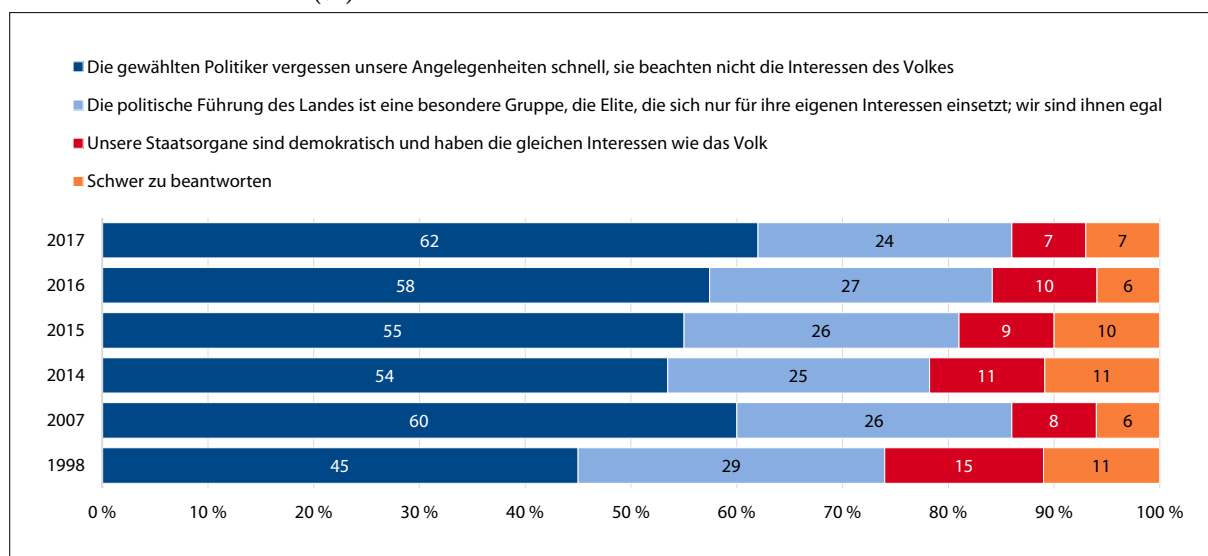
Quelle: Lewada-Zentrum, *Obschtschestwennoe mnenije* – 2017, S. 39, <<https://www.levada.ru/cp/wp-content/uploads/2018/03/OM-2017.pdf>>

Grafik 3: Wären Sie bereit, sich mehr politisch zu engagieren? (%)



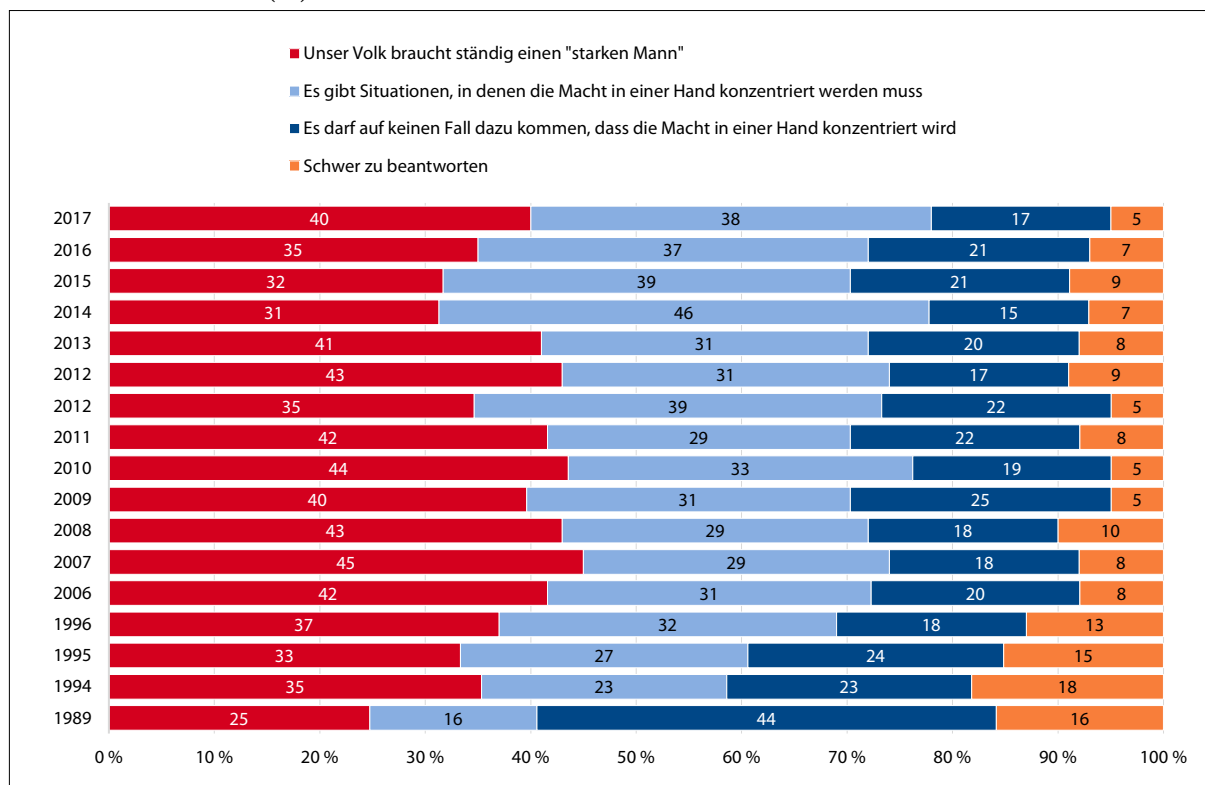
Anm.: Aufgrund von Rundungsdifferenzen weicht die aufaddierte Zahl der Respondenten von 100 % ab.
 Anzahl der Respondenten: 2006: 1.600; 2010: 1.600; 2012: 800; 2013: 800; 2014: 800; 2015: 800; 2016: 1.600; 2017: 1.600
 Quelle: Lewada-Zentrum, *Obschtschestwennoe mnenije* – 2017, S. 41, <<https://www.levada.ru/cp/wp-content/uploads/2018/03/OM-2017.pdf>>

Grafik 4: Welcher Aussage in Bezug auf die politische Führung des Landes würden Sie eher zustimmen? (%)



Anm.: Aufgrund von Rundungsdifferenzen weicht die aufaddierte Zahl der Respondenten von 100 % ab.
 Anzahl der Respondenten: 1998: 850; 2007: 1.600; 2014: 800; 2015: 800; 2016: 1.600; 2017: 1.600
 Quelle: Lewada-Zentrum, *Obschtschestwennoe mnenije* – 2017, S. 47, <<https://www.levada.ru/cp/wp-content/uploads/2018/03/OM-2017.pdf>>

Grafik 5: Gibt es Situationen, in denen das Volk einen mächtigen Führer, einen »starken Mann« braucht? (%)

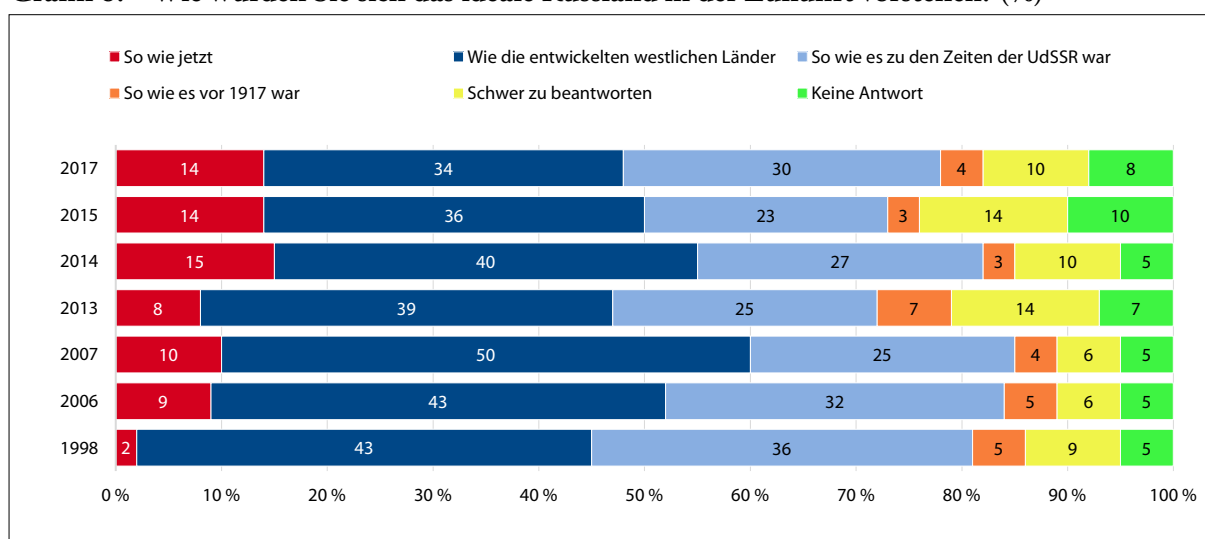


Anm.: Aufgrund von Rundungsdifferenzen weicht die aufaddierte Zahl der Respondenten von 100 % ab.

Anzahl der Respondenten: 1989: 1.500; 3.000; 1994: 3.000; 1995: 2.500; 1996: 1.600; 2006: 1.600; 2007: 1.500; 2008: 1.600; 2009: 1.600; 2010: 800; 2011: 800; 2012: 1.600; 2012: 1.600; 2013: 1.600; 2014: 1.600; 2015: 1.600; 2016: 1.600 2017: 1.600

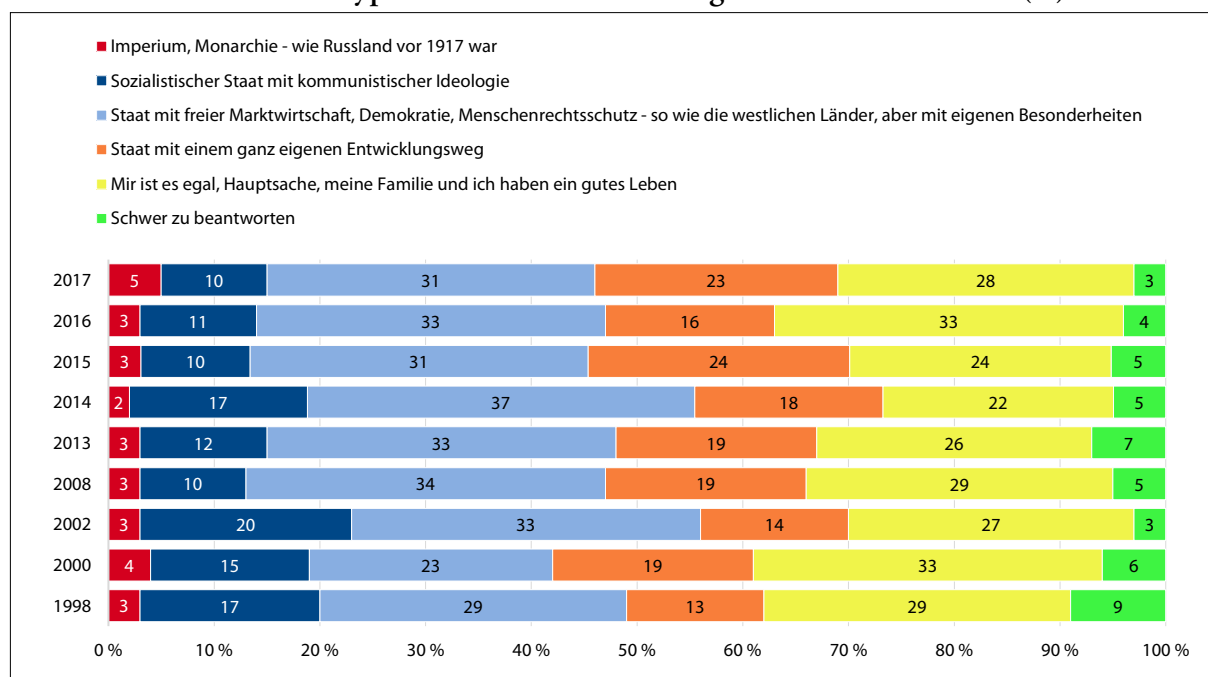
Quelle: Lewada-Zentrum, *Obschtschestwennoe mnenije* – 2017, S. 34, <<https://www.levada.ru/cp/wp-content/uploads/2018/03/OM-2017.pdf>>

Grafik 6: Wie würden Sie sich das ideale Russland in der Zukunft vorstellen? (%)



Quelle: Lewada-Zentrum, *Obschtschestwennoe mnenije* – 2017, S. 34, <<https://www.levada.ru/cp/wp-content/uploads/2018/03/OM-2017.pdf>>

Grafik 7: Welchen Staatstyp würden Sie für Russland gerne in Zukunft sehen? (%)



Anm.: Aufgrund von Rundungsdifferenzen weicht die aufaddierte Zahl der Respondenten von 100% ab.

Anzahl der Respondenten: 11998: 1.600; 2000: 1.600; 2002: 1.600; 2008: 1.600; 2013: 1.600; 2014: 1.600; 2015: 1.600; 2016: 1.600; 2017: 1.600

Quelle: Lewada-Zentrum, *Obschtschestwennoe mnenije* – 2017, S. 34, <<https://www.levada.ru/cp/wp-content/uploads/2018/03/OM-2017.pdf>>

ANALYSE

Die Linke in Russland steckt in der Ecke fest

Sean Guillory (Universität Pittsburgh)

Zusammenfassung

Russlands kleine und zersplitterte Linke versucht, in der Opposition gegen Putin Bedeutung zu gewinnen. Dabei stellt sich erneut die alte Frage, ob das System von innen oder von außen herauszufordern ist. Für einige Linke, beispielsweise den Anführer der »Linken Front«, Sergej Udaltow, besteht der Weg darin, die Linke zu einer dritten Kraft zwischen Putin und Alexej Nawalnyj zu vereinen und, wo möglich, innerhalb des restriktiven russischen Wahlsystems zu agieren. Andere kleinere linke Gruppen stehen hingegen solidarisch Nawalnyjs Bewegung zur Seite und hoffen, aus entstehenden Grassroots-Strukturen eine linke Alternative aufzubauen. Kann die Linke einen Weg aus ihrer Ecke finden? Die Aufgabe scheint Sisyphusarbeit zu verlangen, ist aber nicht ohne Potential.

Einleitung

»Viele betrachten die außersystemischen Linken als Loser, die sich irgendwo insgeheim einen 'runterholenden und nichts Echtes zu bieten haben« – mit diesem

Satz beendete Sergej Udaltow, Anführer der »Linken Front«, Anfang Februar auf einem Forum zu den Präsidentschaftswahlen sein Plädoyer an die russische Linke, Pawel Grudin, zu unterstützen, den Kandidaten der

Kommunistischen Partei. »Lasst uns von dem Ansatz von [Eduard] Bernstein abrücken, dass es um den Prozess geht, und nicht um die Ergebnisse. Genug mit der Selbstbefriedigung in der Ecke, lasst uns dieses System umarmen, bis es keine Luft mehr bekommt!«

Udaltzows Rede verweist auf ein Dilemma, das die Linken schon immer diskutiert haben: Bis zu welchem Maße kann oder soll sich eine linke Bewegung an einem System beteiligen, das sie letztendlich zerstören will? Die Frage, vor der Udaltzow und andere linke Aktivisten standen, war, ob sie Grudinin unterstützen oder sich der liberalen Opposition von Alexej Nawalnyj anschließen und die Wahlen boykottieren sollten. Sollte man das System von innen oder von außen herausfordern? Eine uralte Frage.

Wie man sich zu der russischen Präsidentschaftswahl verhalten soll, war nur eine von vielen Fragen, von denen die kleine und zersplitterte Linke geplagt wird. In einem Land, in dem Lenins mumifizierte sterbliche Überreste immer noch aufgebahrt am Roten Platz liegen, in dem kommunistische Ikonographie immer noch die Fassaden vieler Gebäude schmücken, und in dem Meinungsumfragen zeigen, dass eine Mehrheit der Bevölkerung in Russland eine Rückkehr zum Sozialismus begrüßen würde, erscheint der Kampf der russischen Linken um politische Relevanz dennoch als Sisyphusarbeit.

Was ist links?

Wie auch Linke in anderen Ländern, haben die Linken in Russland mit ihrer Identität zu kämpfen. Was ist die Linke, und was bedeutet es heute, links zu sein? Diese Frage ist in Russland umso drängender, weil hier die Kommunistische Partei siebzig Jahre lang regiert hat, bis ihr politisches und wirtschaftliches Modell einen Zusammenbruch erlitt. Dabei hatte es auch innerhalb des sowjetischen Sozialismus durchweg Alternativen gegeben, insbesondere nach Stalins Tod. Allerdings bildeten diese Gruppierungen nur einen eher kleinen und streitfreudigen Teil der sowjetischen intellektuellen Kultur und wurden wegen ihrer mangelnden kommunistischen Rechtgläubigkeit regelmäßig verfolgt.

Die Demontage der Orthodoxie der Kommunistischen Partei in den späten 1980er Jahren und der Zusammenbruch des sowjetischen Systems 1991 öffneten Räume zur Artikulation eines anderen Sozialismus. Doch es mangelte den linken Gruppen in Russland an Kapazitäten, um dieses Vakuum zu füllen. Nachdem die Wählerbeliebtheit der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation (KPRF) nach Gennadij Sjuganows Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen 1996 zu schwinden begann und sich die KPRF in den 2000er Jahren zu einem politischen Fassadengebilde wandelte, dümpelten linke Gruppen ziellos dahin und zogen sich

in eine kleine Ecke der ohnehin bereits kleinen Opposition in Russland zurück.

Während die organisierte Linke in Russland weiter dahintrieb, bewahrte sich die intellektuelle Linke ihre pulsierende Dynamik. Übersetzungen marxistischer und poststrukturalistischer Texte fanden in Russland ein Publikum und sorgten für neue Perspektiven und intellektuelle Innovationen. Linksgerichtete Intellektuelle knüpften Netzwerke mit westlichen Intellektuellen, Gelehrten, Schriftstellern, Künstlern und Aktivisten. Das Ergebnis des ersten Jahrzehnts Putinismus war paradox: Es hatte linksgerichteten Intellektuellen die Mittel an die Hand gegeben, das sowjetische System zu reflektieren und sozialistische Politik neu zu konfigurieren, während Putins Ölboom sie zur gleichen Zeit ihrer potentiellen Anhängerschaft beraubte.

Die Proteste von 2011/12 bedeuteten ein kurzes Aufflackern. Linke waren in Schlüsselrollen an den Massenprotesten gegen die Wahlfälschungen beteiligt. Der Staat schlug mit vielfältigen Repressionen zurück, mit Verfolgung, Festnahmen, Erpressung, Überwachung und manipulierten Strafverfahren, die gleichermaßen gegen Nationalisten, Liberale und Linke gerichtet waren. Aber es waren die Linken, die am heftigsten den Schlag des Staates zu spüren bekamen, nachdem im Mai 2012 auf dem Bolotnaja-Platz die Zusammenstöße der Polizei mit Protestierenden erfolgten. Sergej Udaltzow und Leonid Raswoschajew von der »Linken Front« wurden letztendlich – nach Ansicht vieler aufgrund fingierter Beschuldigungen – zu viereinhalb Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie angeblich die Gewalt auf dem Bolotnaja-Platz organisiert hätten. Das bedeute praktisch das Ende der Linken Front. Unter den Protestierenden, die wegen der Gewalt festgenommen und verurteilt wurden, waren auch Anarchisten, Antifaschisten, Mitglieder der Linken Front und der »Russischen sozialistischen Bewegung«.

Heute reichen die Strömungen in linksgerichteten Organisationen – neben zahlreichen ungebundenen Sympathisanten, Wissenschaftlern, Künstlern, Intellektuellen, Politikern, Gewerkschaften, Internetportalen, Medien und anderen, die sich außerhalb der KPRF mit der russischen Linken identifizieren mögen – von Anarchisten bis Neostalinisten. Zu den Gruppen gehören das »Anarchistische schwarze Kreuz«, die »Linke Front«, der »Linke Block«, die »Russische sozialistische Bewegung«, die »Revolutionäre Arbeiterpartei«, die »Sozialistische Alternative«, die »Vereinigte Kommunistische Partei«, die »Kommunistische Partei ›Kommunisten Russlands« und die »Russische kommunistische Arbeiterpartei« (RKRP-KPSS) / »Rotfront« (»Russische vereinigte Front der Arbeit«), um nur einige zu nennen.

Die Zahl der Mitglieder dieser Organisationen reicht von einigen Hundert bis zu einigen Tausend; die Orga-

nisationen selbst sind primär in Moskau und St. Petersburg aktiv, wobei einige auch Regionalverbände haben. Die meisten dieser Organisationen versuchen, soziale und politische Kämpfe in den Vordergrund zu stellen, vor allem Arbeiterfragen. Einige Gruppen sind aktiver als andere, vor allem hinsichtlich der Organisation von Protesten und Versammlungen.

In Wirklichkeit ist die russische Linke eine Bewegung, bei der überwiegend Aktivisten im Zentrum stehen, die versuchen, lokale Auseinandersetzungen mit größeren Themen wie Korruption, Arbeiterrechten, Ökologie, politischen Rechten, Ungleichheit der Einkommen, Meinungsfreiheit und Armut zu verbinden.

Einige wenige Gruppen versuchen, sich im Rahmen des restriktiven russischen Wahlsystems politisch zu engagieren. Nahezu keine von ihnen werden zu Wahlen zugelassen, außer vielleicht als kontrastpendende Clownsfigur, wie im Falle Maxim Surajkin, der als Kandidat der »Kommunisten Russlands« bei den letzten Präsidentschaftswahlen antrat. Einige Gruppen führen ihre Ursprünge auf bestimmte Aspekte des Sowjetsystems zurück. Das ist ein Ansatz, der eindeutig generationsbedingte Grenzen hat: Wer sich mit der Sowjetunion identifiziert, ist eher fortgeschrittenen Alters oder gar alt. Einige sind nur dem Namen nach »Kommunisten« und repräsentieren eher eine fast schon parodistisch anmutende Mischung aus Sowjetnostalgie und Patriotismus. Diejenigen Gruppen, die nicht auf sowjetische Symbolik zurückgreifen, haben eine jüngere Mitgliederschaft; die meisten Anhänger dort sind ältere Teenager oder in ihren Zwanzigern. Ganz wie im Westen auch wird es auf diese neue Generation junger Linker ankommen, wenn linke Politik in Russland wiederbelebt werden soll. Einige dieser Gruppen sind stärker westorientiert – sie erkennen beispielsweise die Relevanz von Themen wie Ethnizität, Genderfragen oder Sexualität an – und pflegen eher einen sozialdemokratischen Ton. Die meisten sind in Medien aktiv und einige wenige stellen kaum mehr als eine Online-Community dar.

Was vereint all diese Gruppen unter dem Banner der russischen Linken? Sie sind zwar weder programmatisch noch institutionell vereint und repräsentieren ein breites Spektrum an Meinungen, Methoden und Aktivitäten, identifizieren sich aber alle mit linken Strömungen: mit Anarchismus, Antifaschismus, Marxismus, Sozialismus, Leninismus, Troztkismus oder Kommunismus (oder irgendetwas dazwischen). Es besteht ein allgemeiner Konsens in Bezug auf den kapitalistischen, ja sogar neoliberalen Charakter des Putin-Regimes, auf die unersättliche Gier der Elite und deren Abhängigkeit von Korruption, auf den Einsatz der Repressionen, den Mangel an Demokratie und den schrumpfenden politischen und kulturellen Pluralismus im politischen Sys-

tem Russlands. Nahezu alle Gruppen stehen der Privatisierung und den liberalen Reformen der 1990er Jahre ablehnend gegenüber. Sie treten für eine Nationalisierung der strategisch wichtigen und mächtigen Unternehmen Russlands ein, und dafür, deren Gewinne zum Nutzen der Gesellschaft einzusetzen.

Sie müssen repräsentiert sein

Einer der Lichtblicke der russischen Linken ist die Entwicklung von Medienprojekten, die im Land soziale und wirtschaftliche Fragen thematisieren. Online-Projekte junger linker Journalisten und Aktivisten, beispielsweise »Serkalo« (»Spiegel«), »Rasplata« (»Bezahlung«), »Rabotshaja platforma« (»Arbeiterplattform«), »September« und Thinktanks wie das »Zentrum für wirtschaftliche und politische Reformen« oder das »Zentrum für soziale und Arbeiterrechte« berichten aus dem Leben in der Provinz, über Arbeitsrechte und -kämpfe sowie sozialen Protest, und sie verorten die russischen Linken in einer breiteren internationalen linken Bewegung und Kultur. Diese Initiativen und Internetportale wie »Mediasona« (»Medienzone«), »Forum.msk«, »Rabkor« (»Arbeiterkorrespondent«), »Okrytaja lewaja« (»Offene Linke«) und »Swobodnaja pressa« (»Freie Presse«) sowie die lange Liste der Kanäle und Seiten auf »Telegram«, »Facebook«, »Vkontakte«, »Livejopurnal« usw. sind Teile einer wachsenden, aufstrebenden Online-Community aus linksgerichteten Internetressourcen und sozialen Medien, aus Journalismus und Kommentar.

Wichtiger ist jedoch, dass die russischen linken Medien versuchen, die Bevölkerungsmehrheit darzustellen und zu vertreten, die auf zynische Weise von der Regierung befriedigt bzw. von den Medien und der liberalen Opposition ignoriert und verunglimpft wird. Die Leitlinien des Online-Projektes »Serkalo« formulieren es so: Fragen der sozialen Gerechtigkeit »bleiben eher unbeleuchtet, weswegen die Wahrnehmung dieser Themen sich auf eine Reproduzierung von Mythen, auf sozialen Rassismus und auf gegenseitige Ablehnung der Menschen beschränkt [...] Unsere Helden sind nicht nur jene, die unterhalb der offiziellen Armutsgrenze leben, nämlich jeder siebte Bürger Russlands, sondern auch diejenigen mit durchschnittlichem Einkommen, deren Wohlstand üblicherweise als garantiert betrachtet wird«.

Die meisten dieser Aktivitäten bleiben allerdings von jenen losgelöst, die die linken Medien eigentlich zu repräsentieren suchen. Das Problem sind hier eher fehlende Ressourcen als mangelnder Wille. Linke haben versucht, sich mit den vielen lokalen Arbeits-, Umweltsozialen und wirtschaftlichen Kämpfen zu verbinden, die über die Russische Föderation verstreut stattfinden. Investigativer Journalismus zu lokalen Themen und Kämpfen und der Versuch, diesen Kämpfen eine

Stimme zu geben, bringt die Linken unweigerlich in Verbindung mit den Gemeinschaften vor Ort. Zusätzlich zu den Herausforderungen, die eine »Landung« in diesen Gemeinschaften und eine Beteiligung an deren Kampf bedeuten, fehlen vielen linken Organisationen die institutionellen Kapazitäten oder das Kapital, derlei zu unternehmen. Teile der russischen Linken sind intellektuell reich, aber arm an Ressourcen.

Insgesamt besetzt die russische Linke in der politischen Kultur Russlands nur eine kleine Ecke, in der sich allerdings viele drängeln und einige Gruppen versuchen, sich aus ihr herauszuwinden. Ein Generationswechsel könnte jene Energie und jenen Idealismus bringen, den die Linke braucht. Sollte das der Fall sein, dürften jüngere Gruppen wie das »Anarchistische schwarze Kreuz«, die »Linke Front«, der »Linke Block«, die »Russische sozialistische Bewegung«, die »Sozialistische Alternative« potentiell eine Zukunft haben – die »Vereinigte Kommunistische Partei«, die »Kommunisten Russlands« und die »Russische Kommunistische Arbeiterpartei / Rotfront« haben sie nicht.

50 Shades of Red

Die Medienberichterstattung über die russische Linke lässt sich mit einem Wort zusammenfassen: Krise. Es besteht kein Zweifel, dass die staatlichen Repressionen die Linke hart getroffen haben: Aktivisten der Anarchisten, der Antifa, der Linke Front und des Linke Blocks werden regelmäßig verhaftet und gefoltert. Ein russisches Gericht hat die Auflösung der linksgerichteten »Interregionalen Gewerkschaft »Arbeiter-Assoziation« (MPRA) wegen der Annahme ausländischer Finanzierung angeordnet. Sie ist eine der wenigen unabhängigen Gewerkschaften in Russlands und vertritt rund 3.000 Arbeiter in 16 Werken. Die Hauptverwaltung Extremismusbekämpfung des russischen Innenministeriums (auch »Zentrum E« genannt) und die Medienaufsichtsbehörde »Roskomnadsor« beobachten intensiv linke und andere »extremistische« (so die offizielle Begründung) Aktivitäten.

Politische Trennlinien haben das vollendet, was die Repressionen nicht ausrichten konnten. Meinungsverschiedenheiten zur Maidan-Revolution in der Ukraine, zur Annexion der Krim und dem Krieg im Donbass haben die bestehenden Spaltungen unter den Linken nur noch verschärft. Gruppen, die den Maidan ablehnten oder ihn als faschistischen Staatsstreich betrachteten, unterstützen die Einnahme der Krim und sehen in dem Donbass den Ort eines Klassenkampfes. Das lässt sie näher an die russischen Nationalisten und das Regime Putin heranrücken denn an ihre potentiellen Genossen, die den Maidan als Volksaufstand betrachten und das Vorgehen der russischen Regierung als Imperialismus. Die Polarisierung durch die Ukraine macht es schwierig, eine mittlere Position einzunehmen. Kirill Medwedew

von der Russischen sozialistischen Bewegung und Musiker in der Band »Arkadij Koz« sagte jüngst gegenüber der »Nowaja gaseta«: »Wir haben versucht, von Anfang an eine zentristische Position einzunehmen. [...] Von der einen Seite wurde uns vorgeworfen, dass wir Putin-Freunde seien und den progressiven Maidan nicht unterstützen würden. Von der anderen wurden wir beschuldigt, Bandera-Leute zu sein. Ich denke nach wie vor, dass wir den einzig normalen Weg gewählt haben, doch den haben nur sehr wenige eingeschlagen.«

Während die russische Linke in der dritten Amtszeit Putins durch Repressionen dezimiert und durch die Ukraine-Frage gespalten wurde, gibt es bereits jetzt zwei Herausforderungen, von denen die Rolle abhängen wird, die die Linken in Putins vierter Regierungszeit spielen könnten. Das ist zum einen die Frage, ob und wie man sich vereinigen sollte, und zum anderen die Frage nach dem Verhältnis zur liberalen Opposition und insbesondere zu Alexej Nawalnyj.

Die Lösung dieser Fragen durch die russischen Linken wird für deren Zukunft in den nächsten sechs Jahren entscheidend sein.

»Wir haben fünf Jahre gewartet, dass Udaltow freikommt und eine breite linke Bewegung anführt. Stattdessen trägt er jetzt irgendjemandem die Aktentasche hinterher« erklärt Darija Mitina vom Zentralkomitee der Vereinigten Kommunistischen Partei gegenüber der »Nowaja gaseta«. Die Aktentasche gehört hier wohl Pawel Grudinin, dem »Erdbeer-Oligarchen«, der vor Moskau eine Lenin-Sowchose, eine sogenannte sozialistische Oase leitet. Grudinin wurde Präsidentschaftskandidat der KPRF, nachdem er die Online-Vorwahlen (russ.: »prajmeris«) der Linke Front gewonnen hatte. Das hatte auf das KPRF-Urgestein Sjuganow Druck ausgeübt, zur Seite zu treten, in der Hoffnung, dass dadurch der Kommunistischen Partei etwas neues Leben eingehaucht würde.

Udaltows Aufruf, Grudinin zu unterstützen, ergab Sinn und gleichzeitig keinen Sinn. In einer Zeit, in der die meisten alternativen politischen Wege versperrt sind, ist die KPRF die einzige linke politische Kraft, die an der Politik partizipieren kann, und die über eine Wählerschaft sowie Ressourcen auf föderaler Ebene verfügt. Das Problem der KPRF besteht darin, dass ihr der politische Wille fehlt, gegen das Regime Putin zu opponieren, und Grudinins Kandidatur hat daran nichts ändern können.

Viele russische Linke verwerfen die Vorstellung, dass ihre politische Zukunft in der kommunistischen Partei liegen könnte. Die Politik der KPRF ist für die Radikalen anrühlich, ihr Platz innerhalb des Putinismus ist Ergebnis einer Art Faust'schen Paktes: Zugang zum politischen System gegen Loyalität und vorgetäuschte Opposition. Wenn es einen Ort für elektorale Politik

gibt, dann ist es die kommunale Ebene. Kritiker sagen, die KPRF sei nicht der Ort, die Linke wiederzubeleben, sondern der Ort, an dem sie schließlich zugrunde gehen wird. Das wurde durch Grudinins Kandidatur deutlich. Er war kaum mehr als ein Kapitalist in sozialistischem Gewand. »Es ist durchaus möglich, dass er tatsächlich eine Art soziale Verantwortung für Menschen empfindet, aber seine »Sowchose«, sein sowjetischer Schnurrbart, seine sowjetische Art zu reden und sein sowjetischer Anzug sind nur Image«, sagte der marxistische Kritiker Alexej Zwetkow gegenüber der »Nowaja gaseta«.

Letztendlich errang Grudinin 11 Prozent der Stimmen. Welchen Nutzen die Teile der außersystemischen Linken, die Grudinin unterstützten, davon hatten, bleibt ein Geheimnis.

Grudinins Kandidatur ließ die Kluft innerhalb der Linken wachsen, da viele Nawalnyjs Ruf gefolgt waren, die Wahlen zu boykottieren. Aus Sicht dieser Radikalen kann das System Putin nicht von innen verändert werden. Einzige potentielle Strategie wäre die Schaffung einer linken Volksbewegung, die mit den sozialen Bewegungen in Russland verbunden oder verbündet ist. Im Unterschied zum Westen, wo es möglich ist, Legitimität über Wahlen zu erzeugen, kann alternative Macht in Russlands »gelenkter Demokratie« nur von außen aufgebaut werden. Die russische Linke muss sich also innerhalb der Bewegung von Alexej Nawalnyj beteiligen, und dessen Fähigkeit zur Mobilisierung Tausender Menschen zum Thema Korruption als Gelegenheit betrachten, einen lebenswichtigen Raum für linke Partizipation zu öffnen. Beiseite zu stehen, würde die Linken der Möglichkeit berauben, auch nur irgendeine Wirkung zu erzeugen, während man die derzeit größte Bewegung in Russland in den Händen eines weiteren Retters auf weißem Ross ließe.

Udaltow schließt eine Zusammenarbeit mit Nawalnyj nicht aus. Das Problem ist aber, dass Nawalnyj und andere Liberale anscheinend nicht mit ihm kooperieren wollen. In einem Interview für das Portal »Daily Storm« rief Udaltow dazu auf, zu dem Bündnis von 2012 aus

Linken, Liberalen und Nationalisten zurückzukehren. Als er jedoch auf Ilja Jaschin, den stellvertretenden Vorsitzenden der Partei »Parnas«, zugehen wollte, habe der liberal Aktivist geantwortet: »Ihr habt die Annexion der Krim unterstützt, ihr seid auf Putins Seite, und wie kann ich mit euch arbeiten, wenn ihr so schlechte Leute seid?« Udaltow räumt ein, dass Nawalnyj tatsächlich in der Lage war, 7–8.000 Menschen zu mobilisieren, »das sind aber eben keine Volksmassen! Wir erinnern uns noch an den Bolotnaja-Platz und den Sacharow-Prospekt, als 50, 60, 70.000 und bis zu 100.000 auf die Straße gingen. Und die Regierung hat standgehalten«. Udaltows wiederholte Aufrufe, sich seiner Aktion am 6. Mai zum sechsten Jahrestag der Bolotnaja-Proteste anzuschließen, wurden jedoch ignoriert. Lediglich ein paar Hundert Sympathisanten der Linken Front kamen zu seiner Demonstration. Mitglieder des Linken Blocks und der Russischen sozialistischen Bewegung hingegen waren unter den Tausenden zu finden, die sich am 5. Mai zu Nawalnyjs nicht genehmigter Aktion im Zentrum Moskaus versammelten. Udaltow wurde wieder in der Ecke alleingelassen.

In seiner Rede auf dem Forum zu den russischen Präsidentschaftswahlen sagte Udaltow, dass die russische Linke zu einer dritten Kraft zwischen Putin und Nawalnyj werden müsse. Das könnte stimmen, ist aber leichter gesagt als getan. Auch wenn Teile der russischen Linken, insbesondere unter den jungen Linken, vielversprechend erscheinen, ist es noch ein weiter Weg, bis die Linke in der Lage sein wird, als dritte Kraft aufzutreten. Die Wahrheit ist leider die, dass bei diesen Spekulationen in der russischen Oppositionspolitik die Linken eher auf die Liberalen angewiesen sind als umgekehrt. Es scheint, dass Gruppen wie der Linke Block oder die Russische sozialistische Bewegung dies widerwillig verstehen. An Nawalnyjs Seite zu stehen, scheint vorläufig einer der wenigen gangbaren Wege heraus aus der Ecke zu sein.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Sean Guillory ist Moderator des SRB-Podcast (<seansrussiablog.org>), der sich wöchentlich mit der Politik, Geschichte und Kultur Eurasiens beschäftigt. Darüber hinaus ist er als *Digital Scholarship Curator* am Zentrum für Russland- und Osteuropastudien an der Universität Pittsburgh tätig.

Lesetipps

- Budraitskis, Ilya; Ilya Matveev; Sean Guillory: Not Just an Artifact, in: Jacobin, August 2018, <<https://www.jacobinmag.com/2017/08/russa-alexey-navalny-anticorruption-movement-left>>
- Leander, Peter; Alexey Shakhin: Russia's Trump, in: Jacobin, Juli 2017, <<https://jacobinmag.com/2017/07/alexey-navalny-putin-opposition-movement-trump>>
- Moldes, Christopher: The struggle for new blood and the future of Russia's Left, auf: OpenDemocracy, 20. Februar 2018, <<https://www.opendemocracy.net/od-russia/christopher-moldes/struggle-for-new-blood-and-future-of-russia-s-left>>

Jenseits von links und rechts

Wladimir Pastuchow (Republic)

Der folgende Beitrag des russischen Politologen Wladimir Pastuchow erschien ursprünglich am 31. Juli 2017 in der Onlinezeitung Republic und wurde von dekodeer ins Deutsche übersetzt und veröffentlicht.

Einleitung von dekodeer

Sozialdemokratisch, liberal und konservativ oder schlicht links und rechts – das sind vertraute Zuschreibungen für politische Akteure in (west)europäischen Staaten. Auf das aktuelle politische System in Russland lassen sie sich nicht einfach übertragen, schon gar nicht eins zu eins. Wie aber werden Parteien oder politische Persönlichkeiten stattdessen verortet, insbesondere die außerparlamentarische Opposition? In ihrer Kritik an Präsident Putin erscheint gerade sie auf den ersten Blick wie ein zusammenhängender Block. Was vielen nicht klar ist: Oft genug sind die verschiedenen Gruppen untereinander jedoch völlig zerstritten.

Woran genau scheiden sich die politischen Geister in Russland? Mit dieser Frage beschäftigt sich der Politologe Wladimir Pastuchow auf Republic. Dabei geht er von einer umstrittenen Diskussion aus, die im Juli 2017 der bekannteste russische Oppositionspolitiker öffentlichkeitswirksam geführt hat: Alexej Nawalnyj. Weil der sich ausgerechnet den Ex-Separatistenführer Igor Strelkow (wirklicher Name Igor Girkin) an den Youtube-TV-Tisch holte, musste er massive Kritik einstecken. Aus den großen Streitfragen, die dabei aufkommen, strickt Pastuchow eine handliche Typologie russischer Sichtweisen auf die Politik.

Die Diskussion zwischen Nawalnyj und Strelkow ist ein außergewöhnliches Ereignis, was auch immer darüber geschrieben wurde. Mit Blick auf die vergangenen Jahre war es das eindrucksvollste öffentliche Aufeinanderprallen aller bedeutenden russischen Ideenwelten aus der neueren Geschichte des Landes – bislang hatten sich die Seiten lieber auf Ideenkarate ohne Körperkontakt verlegt.

Es sei jedoch angemerkt, dass ideologisch gesehen, nicht zwei, sondern drei Seiten an der Diskussion beteiligt waren: Im Studio war auch der Geist der russischen liberalen Opposition anwesend. Und damit ist nicht mal vordergründig der Moderator und ehemalige Chefredakteur des TV-Kanals Doschd Michail Sygar gemeint, der mit am Tisch saß, sondern vielmehr der allgemeine mediale und politische Kontext, in den die Diskussion von Beginn an versunken war.

Die zentrale Frage nach der Staatsmacht

Die einzige zentrale, in Russland sowohl politisch als auch ökonomisch relevante, Frage war die nach der Staatsmacht. Darauf gaben die Teilnehmer eine ausführliche, wenn auch unbefriedigende Antwort. Zwar wird Nawalnyj oft vorgeworfen, ihm fehle ein Programm. Doch in Wirklichkeit hat er alles gesagt, was man über seine Ansichten als russischer Politiker wissen muss: Er hat sein Verhältnis zur Staatsmacht deutlich zum Ausdruck gebracht.

Eine politische Ideologie gibt es in Russland nicht und es kann auch keine geben, weil Russland nach wie vor eine vopolitische Gesellschaft ist. Sie ist noch nicht an den Punkt gelangt, wo sich die Staatsgewalt vom

Eigentum löst und ein »politisches Feld« erschafft. Deswegen ist es völlig sinnlos, russische Politiker danach zu befragen, ob sie rechts oder links stehen. Die Matrix von rechts und links ist auf Russland überhaupt nicht anwendbar. Denn sie leitet sich aus dem Verhältnis zum Privateigentum ab, das es in Russland nach wie vor nicht gibt.

Die Grundlage des russischen Lebens bildete über viele Jahrhunderte das Herrschereigentum, das Erbe des *Wotschina*-Systems. [Der Begriff *Wotschina* wird vom Wort *otcz* (dt. Vater) abgeleitet und bezeichnet die älteste Form des Grundbesitzes in Russland]. Dieses System stellt den Ursprung von Recht und Reichtum in Russland dar. In der gesamten russischen Politik dreht sich alles genau darum. Erklärt ein Politiker seine Haltung zur staatlichen Macht, hat er die Frage nach seinem Programm umfassend beantwortet – mehr brauchen wir nicht zu wissen, weder über ihn noch über das Programm.

Drei Sichtweisen zum Thema Staatsmacht: patriotisch, liberal, progressiv

Bei der Diskussion waren mehr oder weniger offenkundig alle drei traditionellen russischen Sichtweisen zu diesem heiklen Thema vertreten:

Die patriotische Haltung (auch die *slawophile* genannt), war repräsentiert durch Strelkow: Die Staatsgewalt ist a priori das Gute (»Denn es ist keine staatliche Macht außer von Gott, und die bestehenden sind von Gott verordnet.«). Sie ist die unmittelbare und irrationale Verkörperung des gemeinschaftlichen Geistes und bedarf keiner weiteren Legitimation. Sie braucht

weder Schutz noch Beschränkung durch äußere Kräfte, sondern muss immer und ausschließlich in ihrem eigenen Interesse handeln, das per se mit den Interessen der russischen Gesellschaft übereinstimmt. Wodurch die Demokratie in Russland nicht nur überflüssig, sondern sogar gefährlich ist, denn sie könnte die natürliche Einheit zwischen Volk und Staatsmacht zerstören und zu einem Instrument in den Händen von Plutokraten sowie inneren und äußeren Feinden Russlands werden.

Die liberale Haltung (auch die *westliche* genannt), war repräsentiert durch das liberale Publikum, an das sich sowohl Nawalnyj als auch Strelkow wandte: Die Staatsgewalt ist a priori das Böse. Sie steht im Widerstreit mit der Gesellschaft. Ihre Interessen sind den Interessen der Gesellschaft entgegengesetzt, deswegen muss sie permanent kontrolliert und beschränkt werden. Sie muss dazu angehalten werden, im Interesse der Gesellschaft zu handeln, also entgegen ihren eigenen, egoistischen, »blutrünstigen« Interessen. Aus dieser Perspektive ist die Entwicklung von demokratischen Institutionen überlebensnotwendig für Russland. Denn nur durch Demokratie lässt sich die Bestie im Zaum halten.

Die progressive Haltung (auch die *revolutionär-demokratische* genannt), repräsentiert durch Nawalnyj: Die Staatsgewalt ist an sich neutral. Alles hängt davon ab, in wessen Händen sie liegt. Liegt die Macht in »schlechten« Händen, ist sie »reaktionär« und muss bekämpft werden. Liegt sie in »guten« Händen, ist sie »progressiv« und verdient Unterstützung. Die Interessen einer reaktionären Staatsmacht widersprechen den Interessen der Gesellschaft, die Interessen einer guten Staatsmacht entsprechen denen der Gesellschaft. Deswegen ist die Demokratie in Russland in dem Ausmaß nützlich, in dem sie der Staatsmacht hilft, in guten Händen zu bleiben. Tut sie dies nicht, kann und sollte sie beschränkt werden (Zweckmäßigkeit vor formeller Rechtmäßigkeit).

Der vertikal organisierte Staat erscheint alternativlos

Sowohl aus historisch als auch aus streng inhaltlichen Gründen bilden die progressiven, revolutionär-demokratischen Ideen eine ganz eigene Symbiose aus *Sapadnitschestwo* (dt. Westlertum) und *Slawophilie*. Die Progressiven erkennen die rationale Notwendigkeit an, die Staatsgewalt der Gesellschaft unterzuordnen, ihre Vorstellung von Staatsgewalt bleibt jedoch irrational.

In äußerst verkürzter Form lassen sich die drei herrschenden ideologischen Trends in Russland folgendermaßen zusammenfassen: Man muss der Staatsmacht dienen (Patrioten), man muss die Staatsgewalt bekämpfen (Liberale) und man muss die Staatsgewalt nutzen (Progressive).

Auch wenn die Distanz zwischen diesen drei Positionen auf den ersten Blick enorm erscheint, liegen sie in Wirklichkeit gar nicht so weit auseinander. Denn sie gehen von derselben Grundlage aus: Die russischen Patrioten, die russischen Liberalen und die russischen Revolutionär-Demokraten (die Progressiven) erkennen allesamt die objektive Alternativlosigkeit, ja sogar Notwendigkeit eines streng zentralisierten, von oben nach unten organisierten, vertikal integrierten Staates für Russland an.

Der Leviathan als »guter Onkel«, die Gesellschaft als infantiler Teenager

Aus verschiedenen, sich nicht selten gegenseitig ausschließenden Gründen beten restlos alle – Patrioten, Liberale und revolutionäre Demokraten – den russischen Leviathan an. Ihre Einschätzungen, was den russischen Staat betrifft, gehen zwar auseinander, doch betrachten sie ihn alle als einen »sozialen Demiurgen« und den einzig möglichen Ursprung aller Politik. Die Staatsmacht erscheint ihnen als eine Kraft, die sich von der Gesellschaft losgelöst hat und ein Eigenleben führt. So ein Blick auf die Staatsmacht geht meist mit dem Blick auf die Gesellschaft als einem infantilen Teenager einher.

Für die Patrioten mangelt es der russischen Gesellschaft zu sehr an Standhaftigkeit gegenüber dem schlechten Einfluss des Westens, als dass man ihr vertrauen könnte. Für die Liberalen hingegen ist die russische Gesellschaft zu archaisch und reaktionär, als dass man das Schicksal in ihre Hände legen könnte. Für die revolutionären Demokraten ist die Gesellschaft traditionsgemäß kein Subjekt, sondern Objekt der Geschichte. Insgesamt sind sich alle einig: Von der russischen Gesellschaft ist außer Wirren nichts zu erwarten. Die einen vertreten offen, die anderen unterschwellig die Annahme, sie brauche bis heute einen »guten Onkel«.

Liberale hoffen insgeheim auf die Autonomie der Staatsmacht

Formal stehen die Liberalen im Kampf gegen den Leviathan in der ersten Reihe. Sie der Liebe zu ihm zu bezichtigen, ist also ziemlich schwierig. Doch es gibt einen Lackmustest, der etwas erkennen lässt, worüber man unter Liberalen nicht laut spricht, zumindest nicht öffentlich. Der Indikator ist das Zustimmung-Level für liberale Ideen in der russischen Gesellschaft – diese Zustimmung überstieg bisher noch nie jene »14 Prozent«, die der so genannten »Krim-Mehrheit« von 86 Prozent gegenüberstanden und schon zum Mem geworden sind.

Die bittere Wahrheit für die Liberalen ist: Auf dem sogenannten demokratischen Weg können sie nicht an die Macht kommen. Bei wirklich demokratischen Wahlen in Russland wird ein Strelkow immer bessere Chan-

cen haben als jeder liberale Kandidat. Wenn die Liberalen also von Demokratie und der freien Wahl des russischen Volkes sprechen, hoffen sie insgeheim auf die Autonomie der Staatsmacht und ihre Fähigkeit, ein Programm umzusetzen, das dem Großteil dieses Volkes fremd ist. Das ist kein Vorwurf, lediglich die Feststellung unangenehmer Fakten, die einen gewichtigen historischen und kulturellen Hintergrund haben.

Progressive haben eine Chance, an die Macht zu kommen

Gemessen an der liberalen Utopie erscheinen die bolschewistischen Ansprüche der Progressiven um Nawalnyj ehrlicher, oder zumindest praktikabler. Die erklärten Ziele der Liberalen sind genauso unerreichbar wie die der Progressiven, aber die Progressiven haben zumindest eine Chance, an die Macht zu kommen. Darüber, was sie dann mit dieser Macht tun wollen, sprechen sie vorsorglich nur in äußerst allgemeinen Formulierungen. Das ist zumindest ehrlich.

Es gibt verschiedene Arten von Autokratien – orthodoxe, kommunistische, antikommunistische, korrupte und sogar antikorrumpierte. Bei der Diskussion lieferte keine der Parteien eine Antwort auf die Frage, welche institutionellen (konstitutionellen) Reformen durchgeführt werden müssten, um Russland aus dieser festgefahrenen Spur zu reißen und die Möglichkeit einer weiteren »oligarchischen« Regierung zu verhindern. Die Ironie des Schicksals liegt darin, dass es Chodorkowskij ist, der versucht, eine Antwort zu liefern und so als Beispiel dafür dient, dass Revolutionen in der Regel von Verrätern ihrer Klasse gemacht werden.

Allgemeine Konfiguration von Staatsgewalt seit Katharina der Großen unangetastet

Die Idee besteht darin, sich grundsätzlich vom streng zentralisierten Modell einer vertikal integrierten Staatsgewalt zu verabschieden sowie eine Reihe von formalen Beschränkungen einzuführen, die eine weitere Reproduktion dieses Modells in Russland unmöglich machen.

Es geht also um eine tiefgreifende politische Reform für Russland, die jene allgemeine Konfiguration von Staatsgewalt zerstören soll, die praktisch seit den Zeiten von Katharina der Großen unangetastet geblieben ist. Diese Reform müsste mindestens drei Hauptkomponenten einschließen:

Ein unbedingter Machtwechsel. Mit Blick auf die historische Erfahrung und Russlands »übles politisches Erbe« gilt es Maßnahmen zu ergreifen, damit niemand, und zwar unter keinen Umständen, langfristig oder gar auf unbegrenzte Zeit, Schlüsselpositionen in der Regierung bekleiden kann, einschließlich des Postens des

Staatsoberhaupts. Dazu muss es in der russischen Verfassung und in den Verfassungsgesetzen eindeutige Formulierungen geben.

Eine tiefgreifende Dezentralisierung von Macht. Das ist der wichtigste und inhaltlich weitreichendste Punkt der politischen Reform. Er beinhaltet zwei Kernpunkte: den Übergang zu einer tatsächlichen Föderalisierung und den Ausbau der Selbstverwaltung, auch in den Metropolen.

Dabei wird vorausgesetzt, dass eine echte Föderalisierung kein mechanischer Prozess ist, bei dem »so viel Souveränität, wie ihr tragen könnt« an die bereits bestehenden, halbfiiktiven territorialen Gebilde übergeben wird. Es geht um eine tiefgreifende Umstrukturierung des gesamten Beziehungssystems zwischen der Staatsführung in Moskau und den Regionen, die auch die Bildung neuer Föderationssubjekte vorsieht.

Und schließlich einen *Übergang zur parlamentarischen (oder auch parlamentarisch-präsidentialen) Republik.* Der Erhalt der bestehenden Regierungsform ist nicht zweckdienlich, sowohl wegen ihrer tiefen Verwurzelung in einer autokratischen Tradition als auch wegen ihrer Unvereinbarkeit mit der angestrebten Organisationsstruktur der Beziehungen zwischen Moskau und den Regionen. Diese Struktur erfordert eine andere politische Repräsentationsform. In der neuen Konfiguration der Staatsmacht steht die Regierung in der Verantwortung vor dem Parlament, sie muss das zentrale Element beim Aufbau der Staatsmacht bilden.

Situation in Russland erinnert stark an ideologische und politische Sackgasse vor hundert Jahren

Einerseits erinnert die Situation in Russland stark an die ideologische und politische Sackgasse vor hundert Jahren und könnte durchaus genauso traurig enden. Andererseits gibt es einen wesentlichen Unterschied zum Anfang des 20. Jahrhunderts: Heute haben die Widersprüche zwischen den Liberalen und den revolutionären Demokraten keinen antagonistischen Charakter (auch wenn die Leidenschaften hochkochen). Und das bedeutet, dass ein Kompromiss und eine Zusammenarbeit zwischen ihnen nicht nur notwendig, sondern auch möglich ist.

Nawalnyj, der von allen Seiten der Kritik ausgesetzt ist – von rechts und links, von oben und unten – hat in Wirklichkeit noch nichts getan, das die Möglichkeit einer politischen Zusammenarbeit mit den Liberalen ausschließen würde. Das vom Kreml aufgedrängte und von einem Teil der liberalen Intellektuellen aus Konjunkturgründen aufgegriffene Klischee von Nawalnyj als einem »Faschisten« entbehrt jeglicher politischer und ideologischer Grundlage.

Nawalnyj ist ein typischer Vertreter der russischen revolutionär-demokratischen Tradition. Er ist natürlich kein Bolschewist im herkömmlichen Sinne, aber ein enger Verwandter der Bolschewisten. Die Wurzeln seiner politischen Philosophie (und die gibt es, glauben Sie mir) gehen auf die *Narodniki* (dt. Volkstümpler bzw. Volksfreunde) zurück. Das ist, wie die russische und die Weltgeschichte gezeigt haben, politisch zwar auch »kein Zucker«, hat aber nichts mit Faschismus zu tun.

Russische Politik ist wie ein Videospiel mit vielen Levels

Zudem wissen wir aus der historischen Erfahrung, dass die Weigerung der Liberalen, mit den revolutionären Demokraten zusammenzuarbeiten, den Faschisten den Weg zur Macht bereitet hat. Genau das geschah nämlich im Deutschland der 1930er Jahre, wo der Konflikt zwischen Sozialdemokraten und Thälmann objektiv betrachtet Hitler in die Hände spielte.

Über den Autor

Wladimir Pastuchow ist Politologe und Anwalt. In beratender Funktion war er tätig für das Verfassungsgericht der Russischen Föderation und die Staatsduma. Als Autor veröffentlichte er bereits mehrere Bücher und über 200 wissenschaftliche Artikel zu verfassungsrechtlichen und politikwissenschaftlichen Fragen, unter anderem für die *Novaya Gazeta*.

Das russischsprachige Original des vorliegenden Beitrags ist online verfügbar unter <<https://republic.ru/posts/85454>>, die Übersetzung ins Deutsche durch dekodeur unter <<https://www.dekodeur.org/de/article/staatsmacht-russland-politische-theorie>>.

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, [dekodeur.org](https://www.dekodeur.org) als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekodeur, Republic und Wladimir Pastuhow für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Die Redaktion der Russland-Analysen

деко́дер [RUSSLAND ENTSCHLÜSSELN]

30. April – 13. Mai 2018

30.04.2018	In Moskau demonstrieren zwischen 7.500 und 12.000 Menschen gegen die Sperrung des Messengerdienstes »Telegram« durch die russische Medienaufsichtsbehörde »Roskomnadsor«. Die Teilnehmer fordern eine Begrenzung des staatlichen Einflusses auf das Internet und die Auflösung von »Roskomnadsor«.
30.04.2018	Das Ministerium für Katastrophenschutz und Stellen der Staatsanwaltschaft haben nahezu alle Einkaufszentren und Kinos in Russland auf die Einhaltung des Brandschutzes überprüft. Dabei seien nach Angaben des zuständigen Ministers Wladimir Putschkow in jedem zweiten Objekt schwere Verstöße festgestellt worden.
01.05.2018	Zum Tag der Arbeit nehmen in ganz Russland etwa 2,7 Millionen Menschen an Kundgebungen teil. Dies erklärt der Vorsitzende des Verbands der unabhängigen Gewerkschaften Russlands Michail Schmakow. Allein in Moskau versammeln sich nach Angaben des russischen Innenministeriums 130.000 Menschen zur zentralen Gewerkschaftskundgebung auf dem Roten Platz. In St. Petersburg und Moskau werden mehrere Personen festgenommen.
01.05.2018	In St. Petersburg nehmen etwa 1.500 Menschen an einer genehmigten Demonstration gegen die Sperrung des Messengerdienstes »Telegram« teil. Unterdessen ist die Webseite der Medienaufsichtsbehörde »Roskomnadsor« nach einem Hackerangriff zeitweise nicht mehr zu erreichen.
03.05.2018	Der Eigentümer des russischen Unternehmens »Power Machines« Alexej Mordaschow bittet die russische Regierung um Unterstützung wegen der US-amerikanischen Sanktionen. Diese wurden im Januar 2018 gegen den Hersteller von Energiemaschinen wegen der Lieferung von Gasturbinen auf die Krim verhängt. Mordaschow gilt nach Angaben von Forbes als zweitreichster Geschäftsmann Russlands.
03.05.2018	In Nischni Nowgorod versammeln sich etwa 300 Menschen zu einer spontanen Kundgebung, um gegen hohe Nachzahlungen für Heizkosten zu protestieren.
03.05.2018	Beim Absturz eines Kampfflugzeugs auf dem russischen Militärflugplatz Hmeimim in Syrien kommen beide Piloten ums Leben. Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums wurde das Flugzeug jedoch nicht abgeschossen.
04.05.2018	Ein russischer Militärsprecher bestätigt der Nachrichtenagentur Interfax, dass Russland Anfang 2018 atomar bestückbare Iskander-Raketen im Kaliningrader Gebiet stationiert hat. Sie sollen am 9. Mai der Bevölkerung vorgeführt werden. »Die Bürger der Exklave sollen sehen und verstehen, dass zum Schutz der Region die modernsten Waffentypen der russischen Armee aufgestellt sind«, sagt der Militärsprecher.
05.05.2018	In etwa 90 russischen Städten kommt es unter dem Motto »Er ist nicht unser Zar« zu Protesten gegen Wladimir Putin, Korruption und die Zensur des Internets in Russland. Mehr als 1.600 Menschen werden festgenommen. Unter ihnen ist auch der Oppositionelle Alexej Nawalnyj. Er hatte zu den Kundgebungen aufgerufen, die in den meisten Städten nicht genehmigt wurden.
05.05.2018	»Lokomotive Moskau« wird nach 2002 und 2004 zum dritten Mal russischer Fußballmeister.
07.05.2018	Wladimir Putin wird zum vierten Mal als Präsident Russlands vereidigt. Er war im März mit mehr als 76 % der Stimmen für sechs weitere Jahre gewählt worden. Bei der Zeremonie im Kreml gratuliert ihm nach Patriarch Kirill (und noch vor Premierminister Dmitrij Medwedew) auch der Vorsitzende des Aktionärsausschusses der »Nord Stream AG«, Vorsitzende des Direktorates von »Rosneft« und frühere deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder.
07.05.2018	Wladimir Putin unterzeichnet das Dekret »Über die nationalen Ziele und strategischen Entwicklungsaufgaben der RF bis 2024«. Darin fordert er die Regierung auf, Russland unter die fünf führenden Wirtschaftsnationen der Welt zu führen. Außerdem soll die Lebenserwartung von derzeit 72,5 auf 78 Jahre steigen und die Armutsquote halbiert werden. Ministerpräsident Dmitrij Medwedew beziffert die Kosten zur Umsetzung des Dekrets auf mindestens 8 Billionen Rubel (etwa 107 Milliarden Euro).
08.05.2018	Der russische Ministerpräsident Dmitrij Medwedew wird mit den Stimmen von »Einiges Russland« und der LDPR von der Duma im Amt bestätigt. Die KPRF und »Gerechtes Russland« stimmen gegen den von Präsident Putin vorgeschlagenen Kandidaten. Medwedew ist seit 2012 Ministerpräsident, zuvor war er vier Jahre Präsident Russlands.
08.05.2018	Wegen rassistischer Fangesänge beim Freundschaftsspiel Russland – Frankreich in St. Petersburg muss der russische Fußballverband RFU eine Geldstrafe in Höhe von 30.000 Schweizer Franken (etwa 25.000 Euro) an den Weltfußballverband FIFA zahlen.

09.05.2018	Zum 73. Jahrestag des Sieges im »Großen Vaterländischen Krieg« findet auf dem Roten Platz in Moskau die traditionelle Militärparade statt. Außerdem nehmen mehr als zehn Millionen Menschen in ganz Russland an den Gedenkmärschen »Unsterbliches Regiment« teil. Allein in Moskau marschieren mehr als eine Million Menschen mit Porträts von Familienangehörigen, die im Großen Vaterländischen Krieg gekämpft haben.
10.05.2018	Bundesaußenminister Heiko Maas trifft bei seinem Antrittsbesuch in Moskau seinen russischen Amtskollegen Sergej Lawrow. Er fordert einen »offenen, ehrlichen Dialog« mit Russland, um in Zukunft »vernünftig miteinander zusammenarbeiten zu können«.
12.05.2018	Russland verweigert dem ARD-Dopingexperten Hajo Seppelt die Einreise zur Fußball-Weltmeisterschaft. Nach Angaben der ARD stehe Seppelt auf einer Liste in Russland »unerwünschter Personen«. Seppelt trug mit seinen Recherchen maßgeblich dazu bei, das russische Doping-System aufzudecken.
13.05.2018	Während der genehmigten Demonstration »Für ein freies Internet« in Moskau werden nach Angaben der Organisatoren etwa 25 – 30 Menschen festgenommen. Ihnen werden politische Parolen vorgeworfen, die sich gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin und die Regierung richteten und die nicht dem Thema der Demonstration entsprochen haben sollen. An der Veranstaltung nehmen unterschiedlichen Schätzungen zufolge zwischen 1.000 und 2.280 Menschen teil.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Martin Brand

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Evgeniya Bakalova (verantwortlich) und Anastasia Stoll
 Sprachredaktion: Hartmut Schröder
 Chronik: Martin Brand
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Prof. Dr. Alexander Libman, Universität München
 Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
 Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2018 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>
Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>
Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>
Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>
Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

